

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Bezugspreis: Monatlich 240 Mark. Einzelne Nummern 10 Mark.  
Versprecher: Geschäftsstelle Nr. 11295 — Schriftleitung Nr. 14574.  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 25 R., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 50 R., unter Eingangslo 60 R. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.  
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturzentrentbank, Jahresbericht und Rechnungsbilanz der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplantagen auf den Staatsforstrevieren.  
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptkassiermeister Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 269

Freitag, 17. November

1922

## Auf dem Wege zur Lösung.

Berlin, 16. November. (B. L. B.)

Der Reichspräsident hat Geheimrat Cuno, Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, mit der Bildung des Reichskabinetts beauftragt. Geheimrat Cuno hat den Auftrag angenommen und ist in die erste Besprechung mit den Parteiführern eingetreten.

### Ein Kabinetts der Arbeit.

Parlamentarier und Fachminister.

Berlin, 17. November.

Der mit der Kabinettsbildung beauftragte Generaldirektor Cuno hat gestern nachmittags und abend die Vorsitzenden der Fraktionen der bürgerlichen Arbeitgemeinschaft und der Sozialdemokratie über seine Absicht unterrichtet, ein Kabinetts der Arbeit zu bilden, das sich, ohne ein ausgesprochenes Koalitionskabinetts zu sein, aus allen Parteien bilden soll, die aufbauende Arbeit leisten wollen. Als wichtigste Aufgabe bezeichnet er, Deutschland aus seinen finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten herauszuführen. Er nahm die in der Note an die Reparationskommission vom 13. November in großen Zügen dargelegten innen- und außenpolitischen Forderungen, die die Zustimmung der bürgerlichen Arbeitgemeinschaft und der Sozialdemokratie gefunden haben, an. Bei den Parteien der bürgerlichen Arbeitgemeinschaft hat die Kandidatur Cunos eine günstige Aufnahme gefunden.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat beschlossen, gegen den Versuch einer Kabinettsbildung durch Cuno keinen Einspruch zu erheben. Der „Vorwärts“ erklärt diesen Beschluß dahin, daß Cuno für die Sozialdemokratie nicht von vornherein ein unannehmbarer Kandidat sei. Eine endgültige Stellungnahme der Partei könne aber erst erfolgen, wenn sein Programm und das von ihm vorgeschlagene Kabinetts vorliegt. Was die Zusammenlegung des neuen Kabinetts anlangt, so habe Cuno die Absicht, neben einer Reihe von Parlamentariern einige Fachminister zu berufen, die politisch der Deutschen Volkspartei nahestehen. Cuno ist gestern abend nach Hamburg gereist und fährt heute nachmittags nach Berlin zurück, um seine Verhandlungen über die Kabinettsbildung abzuschließen.

### Von Kaumer bis Hilferding?

Berlin, 17. November.

Soweit sich bisher übersehen läßt, dürften Dr. Kaumer als Finanz- und Dr. Gehler als Reichswirtschaftsminister gehalten, während Dr. Hilferding wahrscheinlich mit der Leitung des Wiederaufbauamtes betraut werden wird. Als Reichswirtschaftsminister wird der volksparteiliche Abgeordnete H. Kaumer genannt. Als sein Staatssekretär an Stelle Dr. Hirsch der demokratische Reichstagsabgeordnete und frühere bayerische Handelsminister Hamann. Möglicherweise die sozialdemokratischen Minister des Innern und der Justiz, Dr. Köpfer und Dr. Kaddrich, in ihren Ämtern verbleiben. Dr. Stiegemann, von dem vielfach die Rede war, scheint für das neue Kabinetts nicht in Frage zu kommen. Er selbst legt offenbar mehr Wert darauf, als Chef der volksparteilichen Fraktion die Fäden seiner Partei in der Hand zu behalten.

### Französische Annäherung.

Die nationalsozialistische Presse erteilt Zensuren.

Paris, 16. November.

Dem Kanzler Wirth rufen heute der Temps und das Journal des Débats einige Abschiedsworte nach. Was der Temps schreibt, ist wenig freundlich, aber immerhin nicht beleidigend. Der Artikel des Journal des Débats fällt durch seine verletzende Unhöflichkeit und eine geradezu erbärmliche Unkenntnis der deutschen innerpolitischen Verhältnisse auf. Der Temps erkennt den Wirth als Mann an und bedauert nur, daß seine Taten nicht immer auf der Höhe seiner Absichten gewesen sind. Von den Debats werden die sich ihm durch den letzten Besuch der Reparationskommission eröffnet hatten, habe er nur sehr be-

scheidenen Gebrauch gemacht. Das Journal des Débats hat niemals an die Echtheit des Kanzlers geglaubt. Dr. Wirth habe „immer nur Komödianten gespielt“. Er wurde nur Kanzler, weil er bequem war, und sich Mühe gab, niemanden zu verletzen. Offiziell verspricht er die Erfüllung, im geheimen hat er den Industriellen, sich ihren Verpflichtungen zu entziehen. Deshalb sei es gerade die Großindustrie, die den Rücktritt Dr. Wirths am meisten belege. (4) „Er war nur ein Strohmännchen und hat niemals versucht, auf diese Herren einen Druck auszuüben.“ Im übrigen handle es sich in Deutschland um keine Parteikrise, denn alle Parteien, Nationalisten ebenso wie Sozialisten, seien darin einig, die Gläubiger Deutschlands zu prellen. Aus diesen und ähnlichen tiefen Sinnigen Voraussetzungen zieht der Verfasser, Auguste Gauvain, den Schluß, daß Frankreich, ohne sich um die politische Abregung der neuen Regierung zu kümmern, seine Dispositionen für eine Sicherung seiner Rechte treffen müsse. Wenn Herr Cuno am Sonnabend in Paris wäre, dürfte er nicht wieder abreisen, ohne daß die französische Regierung sich mit ihm über die Folgen der deutschen Zahlungseinstellung verständigt habe.

Der Temps benutzt die Gelegenheit, welche ihm die Berliner Mitteilungen über die Kandidaten für die Kanzlerschaft geben, zu einer warmen Anerkennung der Verdienste des Vorkanzlers Dr. Kaumer. In der belaktrierten Sitzung, die Dr. Kaumer seit drei Jahren in Paris inne habe, habe er die Richtung aller, die mit ihm zu tun hatten, erworben und verdient. Wenn Dr. Kaumer Kanzler würde, dann würde er, als ein erfahrener Wirtschaftspolitiker, seine Aufmerksamkeit hauptsächlich dem wirtschaftlichen Aufbau zuwenden. Er würde sich bemühen, die Handelsbilanz Deutschlands wieder zu heben, die Ausfuhr zu steigern und die Einfuhr auf das Notwendigste zu beschränken. Der „Temps“ meint, daß niemand in Frankreich das Geringere, in dem ein großer Teil des deutschen Volkes zu leben gezwungen sei. Vor Beginn eines harten Winters müsse man wünschen, daß es der neuen Regierung gelingen möge, die sozialistische Partei für die Regierungsmehrheit und zur Teilnahme an der notwendigen Verantwortung zu gewinnen.

### Englische Stimmen über das Kabinetts Wirth.

London, 16. November.

Unter den Blättern, die sich heute mit dem Rücktritt des Kabinetts Wirth sowie mit der Lage in Deutschland befassen, spricht „Daily Chronicle“ von der Regierung Wirth als der besten, die, vom veränderten Standpunkt und vom Standpunkt der europäischen Demokratie aus gesehen, bestanden habe. Es wäre schade, wenn die Sozialisten außerhalb der Regierung blieben. Denn ihre Teilnahme an der Regierung sei für die öffentliche Ordnung wesentlich. Und je eher die Verbündeten das deutsche Problem anpacken könnten, desto besser sei es. Aber es beständen wenig Anzeichen, daß Frankreich für eine konstante Annäherungsbahn zu haben sei.

„Daily News“ schreibt, daß die letzte deutsche Reparationsnote Vorschläge enthalte die trotz der überstürzten französischen Kritik auf jeden Fall eine Grundlage für die Erörterung böten. Die „Times“ meint, die Unruhen in Düsseldorf und Köln könnten als symptomatisch angesehen werden. Die Tatsache, daß sie in dem Besatzungsgebiet und in jener Höhe stattgefunden hätten, habe eine finstere Bedeutung. Mit seinem verspäteten Versuch, ein Ministerium des Wiederaufbaus zu bilden, habe Wirth zugegeben, daß heute in Deutschland die wirtschaftlichen Tatsachen vorherrschend seien. Wenn die Sozial-

isten und die Deutsche Volkspartei, die die wichtigsten Kräfte in Deutschland vertreten, ihre Energie vereinten oder ein Kompromiß schließen, könnten bei dem Versuch, einen wirtschaftlichen Zusammenbruch abzuwenden, so könnte es Deutschland möglich sein, die augenblickliche Krise zu überwinden und eine Regierung zu bilden, die auf jeden Fall das Land durch die Schwierigkeiten des Winters führen werde.

Die „Westminster Gazette“ schreibt, der Rücktritt der Regierung Wirth sei, vom alliierten Standpunkt aus gesehen, im ganzen bedauerlich. Bei den Verbündeten läte man gut, sich daran zu erinnern, daß die Verbündeten in ihren Geschäften mit Deutschland von der Ausrechterhaltung einer verfassungsmäßigen Regierung in Deutschland abhängen. Jede deutsche Regierung sehe sich aber jedesmal einem verwickelten Dilemma gegenüber, wenn die Alliierten unumgängliche Forderungen stellen. Nehme die Reichsregierung diese ab, so setze sie Deutschland einen Sturz im Inneren Wirth habe sich beiden Seiten des Dilemmas eine beträchtliche Zeit hindurch entgegen können. Das Blatt sagt ferner, keine deutsche Regierung könne mehr bezahlen als die deutsche Industrie ausführe. Und der Versuch, mehr zu zahlen, müsse den Wert der Mark zerstören.

### Der neue Mann und sein Programm.

Zwei Zusagen, die der Reichspräsident Cuno, in den ersten Besprechungen nach dem Sturze Wirths, den Parteiführern gegeben hat, haben sich erfüllt: ein Mann des praktischen Wirtschaftens ist mit der Regierungsbildung beauftragt worden, und er persönlich stellt sein Ministerium zusammen. Der Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, Cuno, ist aus der Beamtenlaufbahn hervorgegangen. Als Geheimrat im Reichsfinanzministerium wurde er von der Hamburg-Amerika-Linie in das Direktorium berufen, kurz nachdem der Bremer Lloyd seinen Kollegen im Reichsfinanzministerium, Stimmig, in das Direktorium des Lloyd geholt hatte. Die beiden größten deutschen Schiffahrtlinien wollten sich die Fachreferenzen für Schiffahrtstragen im Reichsfinanzministerium rechtzeitig sichern für die schwierigen Auseinandersetzungen mit dem Reich über Entschädigungsanprüche der deutschen Schiffahrt nach dem Kriege. Als dann, beim Ausbruch der Revolution, Generaldirektor Ballin von der Hamburg-Amerika-Linie den Tod erlitten hatte, wurde Geheimrat Cuno zu seinem Nachfolger als Generaldirektor gewählt. In dieser seiner Stellung hat er reichlich Gelegenheit gehabt, seine wirtschaftspolitischen Kenntnisse zu verwerten und seine Gewandtheit im Verhandeln zu bewähren. Er hat jene Verhandlungen zum glücklichen Abschluß gebracht, die es der größten deutschen Schiffahrtsgesellschaft, gleich nach dem Abbruch des Krieges, ermöglichten, mit einer der größten amerikanischen Gesellschaften in eine Arbeitsgemeinschaft zu kommen, die der „Panag“ neue Ausflugsmöglichkeiten eröffnete. Der jetzt auf der Höhe des Mannesalters stehende Kanzler bringt also, gerade als Wirtschaftspolitiker, Beziehungen mit, die ihm in seiner künftigen Tätigkeit von Nutzen sein können.

Kann auch heute kein hervorragender Wirtschaftspolitiker ohne intensive Beschäftigung mit der allgemeinen Politik und der Weltpolitik auskommen, so ist doch Herr Cuno auf diesen Gebieten bisher nicht handelnd hervorgetreten. Daher erklärt es sich auch, daß er, nach vorübergehender Zugehörigkeit zur Deutschen Volkspartei, heute parteipolitisch nicht gebunden ist und lediglich als dem Zentrum nahestehend — er ist Katholik — angesprochen werden darf. Der Mangel an parteipolitischer Gebundenheit ist aber, in diesem Falle, vielleicht ein Vorteil. Um so leichter wird es ihm werden, mit einem Kabinetts zusammenzuarbeiten, das Männer aus allen Parteien enthält, die sich dem Wiederaufbau des neuen Deutschen Reiches mit Eifer und Nachdruck widmen. Er selbst genießt kein Recht zu übernehmen, sondern alle Kraft für die Leitung der Gesamtpolitik freizubehalten. Die Wahl seines Staatssekretärs, der als sein nächster

politischer Berater zu wirken haben wird, ist, unter diesen Umständen, von besonderer Bedeutung.

Neben den Männern, die er in seine Regierung beruft, ist aber vor allem das Programm von größter Wichtigkeit, das dem Kabinetts Cuno zur Grundlage dienen wird. Dieses Programm ist bereits vorhanden. Es kann nämlich, nach Lage der Sache, kein anderes sein, als dasjenige, das am vorigen Sonntag Vertreter der 5 Parteien, des Zentrums, der Bayerischen und der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und der Sozialdemokraten, formuliert und protokolliert festgelegt haben. Auf diesem Programm beruhen ja bekanntlich bereits die letzten deutschen Reparationsvorschläge an die Alliierten, deren Beantwortung noch aussteht. Jenes Gemeinschaftsprogramm sieht ein Ineinandergreifen von währungs-, finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen vor. Im Vordergrund der währungs- und finanzpolitischen Maßnahmen steht die Stabilisierung der Mark. Von finanzpolitischen Maßnahmen werden folgende angeführt: Ausgabenverminderung durch Aufhebung nicht notwendiger Behörden, Berringerung der Zahl der Ministerien, Vereinfachung des ministeriellen Apparates, Abbau überflüssiger gewerblicher Stellen, Verminderung der Zahl der Beamten und Angestellten. In bezug auf diesen letzten Punkt heißt es: „Die Verminderung ist in bestimmten Prozentsätzen zu bestimmten Terminen durchzuführen; neue Stellen dürfen grundsätzlich nur geschaffen werden bei gleichzeitiger Streichung entsprechender Stellen in anderen Verwaltungszweigen.“ Neben der Ausgabenverminderung soll eine Einnahmevermehrung erzeugt werden durch Erhöhung der Tragfähigkeit der Steuern unter besonderer Berücksichtigung der Steuererhebung, Vereinfachung der Steuererhebung, Veranlagung und -erhebung; durch Beschleunigung des Anlagevermögens und der Steuererziehung und Festlegung wirksamer Bezugsgrenzen bei Rückzahlung des Fälligkeitstermines oder bei Stundung; durch produktivere Gestaltung der Reichsbetriebe zur Erzielung der Rentabilität unter voller Wahrung des Reichsgeldentums. Länder und Kommunen sollen zu gleichen Maßnahmen zwecks Ausgleich ihrer Haushalte angehalten werden. Unter den produktionspolitischen Maßnahmen verlangt das Gemeinschaftsprogramm, in Verbindung mit der Stützaktion für die Mark, „wirksame Mittel zur Steuerung der Produktion, zur Hebung der Ausfuhr, der Qualitätsarbeit und zur Einschränkung unnötigen Verbrauches“. Im einzelnen wird gefordert: Schnellige Verabschiedung des Arbeitszeitgesetzes unter Festlegung des Achtstundentages als normalen Arbeitstag und Tarife oder behördliche Wege zur Hebung der Qualität unserer Wirtschaft; Ausgestaltung des Soziallohnens; Maßnahmen zur Erhaltung von Qualitätsarbeitern; Unterbindung des Luxusverbrauchs und Hemmung der Luxuseinfuhr; Bekämpfung des Alkoholverbrauchs.

Dieses von fünf Parteien formulierte Programm wird also die feste Grundlage für die neue Regierung bilden.

### Die Vereinfachung der deutschen Wissenschaft.

Die Arbeiterkassen will helfen.

In der gestrigen Reichstagsdebatte führte Abg. Dr. Rosen, bei der Besprechung der Zentrums-Interpellation über die Not der Wissenschaft, u. a. folgendes aus: „Mit den Worten „Wissen ist Macht“ hat Wilhelm Liebknecht seinerzeit in Berlin die Arbeiterbildungsschule gegründet und damit gezeigt, wie hoch der Respekt die deutsche Arbeiterkassen vor der Wissenschaft hat. Gerade sie empfindet es außerordentlich stark und schmerzhaft, daß die Not der Zeit auch vor der Wissenschaft nicht Halt macht. Die Not der Wissenschaft hindert den Aufstieg der Arbeiterkassen. Wir begrüßen die Interpellation des Zentrums und bedauern, daß uns die Antwort der Regierung nicht befriedigen konnte. Denn die Wissenschaft, dann leidet das ganze Volk, sein geistiges und wirtschaftliches Leben gerät in größte Gefahr. Leider haben unsere Großindustriellen noch nicht erkannt, daß insbesondere

der Industrie aus diesen bedauerlichen Zuständen schwere Gefahren drohen. Sie haben ihre Ehrenpflicht, die wissenschaftlichen Institute vor dem Verfall zu bewahren, leider noch nicht erfüllt und müssen sich dazu von den Industriellen des Auslandes beschämen lassen.

Der japanische Chemiker, Hoshi, der schon vor zwei Jahren, zugunsten der deutschen Wissenschaft, viele Millionen spendete, hat auch jetzt wieder, vornehmlich für die deutsche Chemie, 200 Millionen gestiftet und dazu noch einen Beitrag von 50 Mill. M. für die allgemeine Zweide der deutschen Wissenschaft. Wenn wir von dem, was die deutsche Wissenschaft für die Wissenschaft ihres Landes getan haben, nichts bekannt ist, dann liegt das offenbar nur an unserer Unkenntnis. (Weiterer Text folgt.)

Sie geben lieber für ein Theaterbillet 20 000 M. an den Wirtshändler und sitzen noch viel lieber für den roten Bogenschuß 200 000 M. Prämie. Wie groß die Not der deutschen Wissenschaft ist, zeigt die Tatsache, daß es in den Forschungsinstituten sogar schon an Versuchstieren fehlt. Selbst Frösche und Mäuse können nicht mehr beschafft werden. In Dahlen sind die wenigen noch vorhandenen Tiere schon halb verhungert, weil die Futterkosten nicht mehr aufgebracht werden können. Besonders beklagenswert ist es, daß die Konjunkturforschung gerade in dem Augenblick so schwer leiden muß, in dem von ihren Untersuchungen die Heilung des Kredites erwartet wird. Unbedenklich werden Milliarden für die Reichswehr ausgegeben, obwohl nicht auf ihr, sondern auf der deutschen Wissenschaft die Kultur und die Bildung unseres Landes beruht. Es ist gerade in diesen Tagen sehr viel von Produktionssteigerung die Rede. Wenn die Industrie diese erreichen wollen, dann dürfen sie dafür nicht die Arbeiter allein in Anspruch nehmen, sie müssen vielmehr ihre Kapitalien zur Unterstützung der Wissenschaft heranziehen. Während die Regierung der Ausbreitung des Alkoholismus latentlos zusieht, hat sie sich noch nicht dazu aufgeschwungen, den wissenschaftlichen Instituten Feuerfreie den Alkohol zu liefern, ohne den wissenschaftlich nicht gearbeitet werden kann. Um die Not der Regierung zu beseitigen, muß die Heilung der Wirtschaftlichkeit werden. Arbeiterkraft und Wissenschaft gehören zusammen. Darum wird die Arbeiterkraft auch alles aufzubringen, um die Wissenschaft zu erhalten. Verzagt die bürgerliche Gesellschaft, dann wird die Arbeiterkraft mit ihren bescheidenen Mitteln für die Wissenschaft eintreten, die Macht ist und Macht schafft. (Redakter Verfall bei den Sog.)

### Knillings föderalistisches Programm.

München, 16. November. Ministerpräsident v. Knilling hat auf die verschiedenen Fragen des Landtags sein Programm dahin erläutert, daß er danach strebe, die Rechte der Bundesstaaten vom Jahre 1871 wiederherzustellen. Sein Föderalismus sei aber das Gegenteil von Separatismus. Knilling meint, die Erfüllungspolitik des Reiches habe uns um das Vertrauen des Auslandes gebracht, er richte aber auch eine deutliche Warnung an die Kreise, die das Heilmittel in der Anwendung

von Gewalt sehen. Minister des Innern Schönerer wandte sich gegen die nationalsozialistischen Auswüchse und antimilitärische Propaganda, die zu schweren Ordnungsgestörungen führen könne. Eine Hilfergarde sei ebenso unerlässlich, wie eine Auergarde, da das Volk nicht in zwei Lager gespalten werden dürfe.

München, 16. November. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ bringen heute die aufsehenerregende Meldung, daß, nach amtlichen Feststellungen, der rechtswidrige Bund „Oberland“ seit Juli 1921 durch den Abgeordneten Otto Graß mit der kommunistischen Partei in Verbindung gestanden habe. Hauptmann Schönerer habe ihn wiederholt unter falschen Namen in Sitzungen des Bundes mitgenommen. Angeblich soll Graß auch geldliche Unterstützung erhalten haben.

Der in Haft befindliche Oberland-Führer Römer wird beschuldigt, gegen Schönerer einen Mordversuch unternommen zu haben.

Walter Traub, der Chefredakteur der „Münchener Neuesten Nachrichten“ hat seine Behauptungen, daß, anlässlich eines Empfanges beim Reichspräsidenten, die englische und französische Nationalhymne gespielt worden sei, mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückgenommen. Der Reichspräsident hatte bekanntlich gegen den deutschnationalen Verein am Straßentag gestrichelt, und der Staatsgerichtshof hatte das Verfahren gegen Walter Traub eingeleitet.

### Dänemarks Liebeswert.

Hochherzige Hilfe für Deutschland in Not. Kopenhagen, 16. November.

Das dänische Komitee für Hilfeleistung in den vom Kriege heimgekehrten Ländern veröffentlicht in der hiesigen Presse einen Aufruf an das dänische Volk zur Spendung von Hilfsgeldern für eine Hilfsaktion zugunsten weisender Kinder in den deutschen Großstädten und in Sachsen und Thüringen. In dem Aufruf heißt es unter anderem:

Der Winter steht vor der Tür. Die Not in der Welt und besonders in Deutschland ist unbeschreiblich. Überall droht Arbeitslosigkeit. Der katastrophale Fall der Welt ruft eine bisher unbekannte Preissteigerung hervor. Arbeiter, Beamte und Bedienstete sehen mit Frauen den Boden entgegen, welche die Folgen von Hunger und Not sein werden. Wie immer werden die am wenigsten Widerstandsfähigen, die Kinder, zuerst davon betroffen. Das Komitee hat seine Tätigkeit bereits aufgenommen und spendet täglich 1 000 Kinder in Berlin. Aber auch Breslau, Hamburg und Städte in Sachsen und Thüringen warten mit banger Spannung auf eine Ausdehnung dieser Hilfsarbeit auf sie. Verzeiht uns in die Lage, den Namen Dänemarks den Kindern an die Seite zu stellen, die, in Erinnerung an ihre Pflicht, sofort die Not zu lindern suchen. Der Minister des Innern beantragte beim Finanzministerium des Reiches die Bewilligung von 35 000 Kronen Staatszuschuß für die Hilfsaktion des Komitees.

Ein dieser Tage ernanntes Komitee zur Sammlung von Beiträgen für den notleidenden deutschen Mittelstand hat einen Aufruf zu einer einbringlichen Sammlung zur Hilfe erlassen. Es heißt in dem Aufruf: Die Hilfe Dänemarks muß dem großen Deutschland gegenüber, gering erscheinen, aber die Gabe, die wir bieten können, kann infolge der Kaufkraft unserer Valuta vielen über den Hin er helfen. Wir beschließen, durch die Mittelstandshilfe in allen Kulturzentren, wie

Primer, Wittingen, Jena, Thüringen, Heilbronn, Ulm, Bamberg, deren Frauen und Kinder Not leiden, zu helfen. Wir können auch hilfebringende Verbindungen zwischen einzelnen Familien und Personen vermitteln.“

### Die Streifbewegung im Rheinland. Krampfhaftes Stilllegungsversuche der Kommunisten.

Düsseldorf, 16. November.

Die Bewegung ist in Düsseldorf noch nicht zur Erläuterung gekommen. Die Kommunisten versuchen Krampfhaft an den verschiedensten Orten des Regierungsbezirks, z. B. Duisburg, Elberfeld und Mülheim, die Stilllegung einzelner Betriebe herbeizuführen. Im allgemeinen ohne Erfolg; nur in Duisburg ist es ihnen gelungen, das Werk Rheinisch IV zum Stilllegen zu veranlassen. In Elberfeld ist es ihnen mißlungen. Heute abend 7 Uhr findet eine gemeinschaftliche Sitzung der Betriebsräte und der freien Gewerkschaften statt, in der die Betriebsräte dafür eintreten wollen, den Generalstreik zu verhindern. Es ist anzunehmen, daß man sich gegen die Generalkreisparole aussprechen wird. Es arbeiten gegenwärtig in Düsseldorf 20 000 bis 22 000 Mann; außer Arbeit sind noch etwa 20 000 Mann. Eine gewisse Bewegung herrscht noch im Landkreis Düsseldorf, die die Düsseldorfser Schuppelzüge niederkommen demütigt ist.

Im Laufe des heutigen Tages hat der Regierungspräsident persönlich in Krefeld die Lohnverhandlungen zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern aller vier Gewerkschaften geführt. Die Verhandlungen kamen zum Stillstand, weil die Arbeitnehmer 240 M. verlangten und die Arbeitgeber nur 210 M. zahlen wollten. Da beide Teile das Bestreben hatten, es nicht zu einem Streik kommen zu lassen, hat der Regierungspräsident sofort angetreten, daß die Verhandlungen abgebrochen werden und ein Schiedsgericht eingesetzt wird. Dem wurde beigestimmt. Der Spruch des Schiedsgerichts soll unbedingt verbindlich sein. Es ist damit zu rechnen, daß der Streik, der heute noch gefüllt wird, die Lohnbewegung zum Erliegen bringt. Es besteht in Krefeld noch weiter eine kleine Bewegung unter den Formern und Weibern, die schon etwa 14 Tage in Form eines wilden Streiks danert und von den Gewerkschaften gemißbilligt wird.

### Kleine politische Nachrichten.

Im bayerischen Landtag befragte gestern der Abgeordnete Rechtsanwalt Saenger die sozialistische Interpellation zum Festschlußgesetz. Er erhob scharfen Einspruch gegen die Projektilierung des Volksgerichtes. Es sei wertwärdig, daß bestimmte politische Prozesse immer dieselben Richter hätten. Die Interpellation wird heute von Justizminister Dr. Gmeltner beantwortet werden.

Der Reichspräsident hat der Stadt Berlin aus dem ihm am Berolinstage zur Verfügung gestellten Fonds zur Hebung des Volksgeistes durch Spiele im Freien einen Betrag von 100 000 M. überwiesen.

In Leipzig hat die Hauptversammlung der Hilfskasse für deutsche Rechtsanwältinnen stattgefunden. Das Geschäftsjahr schließt mit einer Mitgliederzahl von 12 746 gegen 12 688 im Vorjahre. Das Vermögen der Kasse betrug am 30. Juni 1923 1 284 228,38 M. Bis zu diesem Tage war für das am 1. Juli 1923 begonnene neue Geschäftsjahr für arbeitslose Rechtsanwältinnen schon über 381 970 M. verfügt.

Der Hamburger Senat hat für das Jahr 1923 Bürgermeister Dr. Dieckel zum ersten Bürgermeister, Bürgermeister Stolten zum zweiten Bürgermeister wiedergewählt.

## Wissenschaft und Kunst.

### Johann Gottlieb Naumann.

Im Verein für Geschichte Dresdens sprach am Mittwoch, den 15. November, der Dresdner Musikhistoriker Dr. R. S. Engländer über den heute leider nur noch durch die Aufzeichnungen seiner Wesen in der katholische Hofkirche bekannten Joh. Gottl. Naumann. 1741 in Blasewitz als Sohn eines armen Küblers geboren, als Knabe fürs Schlosserhandwerk bestimmt, hatte er das Glück, mit 16 Jahren nach Italien, damals dem Bau der Musik, durch einen Schweden mitgenommen zu werden. Er wurde Schüler des berühmten Tartini; dieser empfahl ihn dem in Venedig lebenden Haffner. Nach Gelingen der Reise nach Venedig empfahl Haffner den jungen Meister der jüdischen Kaufmann Maria Antonia, im Jahre 1764 wurde er nach Dresden berufen. Er ist seitdem bis zu seinem Tode (1801) im Dienste des Dresdner Hofes geblieben, trotz vieler glänzender Anbietungen von fremden Höfen, allerdings sehr freigebig und oft auf Urlaub abwesend. Daher liegt Naumanns Hauptbedeutung nicht in seinem Schaffen für den Dresdner Hof, sondern außerhalb der Hofkreise auf dem Gebiete der bürgerlichen Kunstpflege im Dresden des ausgehenden 18. Jahrhunderts. Der geistigen Elite Dresdens, die in Körners Hause sich um Persönlichkeiten wie Elisa von der Recke und Graf Voßig versammelte, gehörte er bald als markante Persönlichkeit an. In diesem Kreise, dem mit Schiller, Herder, Humboldt und anderen Großen in Verbindung stand, empfing er die Anregung zur Schaffung der deutschen Nationaloper, die er aber wegen der Übermacht der italienischen Oper nicht verwirklichen konnte. Mehr Erfolg war ihm im germanischen Norden beschieden. Von König Gustav III. nach Stockholm berufen, wurde er Organist der schwedischen Nationaloper; die von ihm dafür neben anderen Werken geschaffene Oper

„Cora“ fand in deutscher Übersetzung ungeheure Verbreitung in Deutschland, ebenso seine dänische Oper „Orpheus“, die ursprünglich als deutsche Oper geplant gewesen war. Auch am Berliner Hof erlebte er glänzende Erfolge. Neben den zahlreichen Opern schuf er eine große Anzahl kirchenmusikalischer Werke, katholischer wie evangelischer, unter letzteren das berühmte „Vater Unser“, und leistete auch in der Liedkomposition Vortreffliches. Er ist nicht als bloßer Epigone Haffners anzusehen, er ist vielmehr der Vollender Webers in Dresden. Einen einseitigen romantischen Stil konnte er, aufgewachsen in der italienischen Schule, noch nicht gewinnen; darum wurde der von den Zeitgenossen hochgeachtete, neben Mozart und Beethoven gestellte Meister obdun vergessen.

Der Vortrag begleitete Darstellungen von Proben der Kunst Naumanns, vorgelesen von Frau Luise Schöne-Kämpfel (am Flügel Dr. Engländer). Die Arien aus den Opern „Orpheus“ und „Cora“ stellen in ihrem italienischen Kunststil hohe Anforderungen an die Sängerinnen, bieten dafür dem Kenner um so größeren Genuß; den deutschen Liebhabern wäre zu wünschen, daß man ihnen im Konzertsaal begreifen könnte, ihre Oper ist noch durchaus zeitgemäß, sie haben keineswegs bloß historischen Wert. Dr. R. R.

Konzert. (Zise, Oskar Halfter und Walter Reichelt.) Die Konzertveranstalter, die sich gestern im Künstlerhaus zusammengefunden hatten, sind samt und sonders Träger hier bekannter Namen. Zise und Oskar Halfter erwarten sich Verdienste um die Pflege des Spiels für zwei Klaviere, und schritten auch diesmal recht günstig ab. Sie sind musikalisch und technisch gut einbezogen und also in der Lage, recht Abgerundetes zu bieten. Die Spielweise verzeichnete Werke von Mozart, Händel, Bach und Beethoven. Walter Reichelt hat, seit ich ihn hörte, recht

widert, an Fülle und Limbre gewonnen; er ist tonlich auf gutem Wege. Doch bedarf noch die Verbindung von Wort und Ton der Pflege am des Vortrags willen. Ich hatte so meine Bedenken. — Carl Petron weiß wieder in Dresden. — D. S.

Wissenschaftliche Nachrichten. Der Professor der Staatswissenschaften bei der Universität Uppsala Dr. Rudolf Kjellén ist im Alter von 68 Jahren gestorben. In ein zusammenschließendes System hat Kjellén seine wissenschaftlichen Erörterungen gebracht in seinem Hauptwerke „Der Staat als Lebensform“. Er hat, auf Karl Ritter und Friedrich Ratzel aufbauend, den Staat eine geographische Individuaität zugeschrieben; er hat darüber weit hinausgehend, das Staatsvolk als ethnische Individualität gewertet. Diese ethnischen und demographischen Betrachtungen hat er dann schließlich getrennt durch die Bildung und Erörterung des Begriffs des Staates als Kulturform. Wichtige Kunst. Galerie Ernst Arnold. Die Eröffnung der Berliner Sezession wird noch in einige Tage drückend. Näheres wird noch in Kürze bekanntgegeben.

In der von der Dresdner Kunstgenossenschaft veranstalteten Kunstausstellung Dresden 1922 (Wälsche Terrasse) wurden für 2788 00 M. Kunstwerke von Genossenschaftsmitgliedern verkauft. Derselbe wurde von 1627 Personen besucht. 2437 Kataloge mit Eintragszeichnungen konnten verkauft werden für die Genossenschaftskasse wurden anverkauft: Graphit von R. Andree, Franz Gaudel, Prof. F. Döner und W. Obernd. Im Schaukasten des Künstlerhaus-Bauwerks sind fortlaufend eine Verkaufsausschreibung von graphischen Werken und Kleinverkauft von Mitgliedern der Dresdner Kunstgenossenschaft statt.

Musiknachrichten. Sonnabendbesper in der Kreuzkirche, 6 Uhr. Werke von Franz Liszt und Peter Cornelius. 1. Orchesterphantasie und Fuge für Orgel über B-A-C-H. 2. Cornelius: Drei Palmblätter für Chor zu Klavier (nach Palm 88); b) An Dabell's Klavier (nach Palm 187); c) Jerusalem! (nach Palm 122).

Wach langen Bemühungen ist es dem württembergischen Ernährungsminister endlich gelungen, das Reichsernährungsministerium zum Erlaß einer Viehbeschränkung nach dem Saargebiet zu veranlassen. Es steht zu erwarten, daß nunmehr die Viehbeschränkung in Württemberg besser als bisher werden wird.

Wie die „Vol. Post.“ hören, ist Abgeordneter Scheidemann in dem Prozeß, der binnen kurzem vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig wegen des bekannten Blausäurevergiftes auf Scheidemann in Wilhelmshöhe durchgeführt werden wird, als Nebenkläger zugelassen. Sein Verteidiger ist der Berliner Rechtsanwält Bertkauzer.

### Ein Jahrestag.

Vor zehn Jahren, am 17. November 1912, veröffentlichte der „Vorwärts“, unter dem Eindruck des Balkanempfehls, folgenden Aufruf:

#### „Der Wille zum Frieden!“

Und nun auf, Ihr alle, die Ihr den Frieden wollt und den Krieg verabscheut, kommt und gestaltet unsere Versammlungen heute zu einer nicht zu übersehenden Kundgebung!

Mit Entsetzen haben wir die Schilderung von dem Grauen und dem Elend gesehen, das über den Balkan herabgebrochen ist. Wir Sozialdemokraten sind die letzten gewesen, welche die unmöglichen Zustände aufrechterhalten wollten, die das Volk der anfangs, die Völker verachtenden Diplomatie der Großmächte gewesen sind. Aber die revolutionäre Lösung der verzweigten Balkanrepublik, die unsere Genossen gefordert hatten, scheiterte an dem Widerstand der Dynastien, und die Arbeiterklasse allein war noch zu unentwickelt, um ihre Forderung durchzusetzen. So kam es zum Kriege, der weit mehr Opfer an Gut und Blut gefordert hat, weit mehr Verwüstung und Entsetzen erzeugt hat, als je die blutige Revolution. Und was das Schwerkste verhängt, das wird jetzt von der furchtbaren Seuche hinweggerafft, und die Cholera wendet, was Maschinengewehr und Kanonen begonnen haben.

Die Türken sind niedergeworfen, ihre Widerstandskraft ist gebrochen, und für die Sünden einer imperialistischen Regierung ist ein unschuldig Blut furchtbar hingegossen worden. Die Friedensverhandlungen haben begonnen, und es besteht die Aussicht auf eine Neuordnung, die den Balkanvölkern die Möglichkeit gewährt, sich ihre politische und wirtschaftliche Entwicklung, befreit von Fremdherrschaft, selbst zu bestimmen. Doch eine neue größere Gefahr zieht herauf. Eine Gefahr, die alle Friedensbestrebungen des diplomatischen Künstels nicht vertuschen kann: die Raubgier der anderen Mächte ist erwacht, und ihre Einmischung in die Neugestaltung droht, zu neuen, unabsehbaren Konflikten zu führen.

#### Das wollen wir nicht, das soll nicht sein!

Und gehen Österreichs Wohlwünsche nichts an, und wir halten es für ein Verbrechen, daß die Frage, ob Serbien einen Haften an der Adria erhält, einen Kriegsgrund bilden soll. Und betört nicht der letzte Fieberwahn des Kapitalismus, der sich auf seiner Flucht vor dem Sozialismus in imperialistische Abenteuer stürzt. Den immer schärfer werdenden Gegenwärtigen, welche die kapitalistischen Staaten in feindliche, waffenstarrte Lager trennen, setzen wir das immer klarer und lebendiger werdende Gefühl unserer internationalen Solidarität entgegen. Deshalb auf, Ihr arbeitenden Massen, und beweist vor den Augen der Welt, daß die Hauptstadt des Sozialismus das Zentrum des Friedenswillens der Völker ist!

3. Cornelius: „Vater unser“, Lied für eine Singstimme mit Orchester aus Werk 2. 4. „Der Herr erwählt sich immer“, Lied (R. H. Spital). 5. Cornelius: „Geheißt werde dein Name“, Lied für eine Singstimme mit Orchester aus Werk 2. 6. „Licht“, „Vater unser“ (Pater noster) für 4 u. 6 stimmigen Chor mit Orchester aus dem Oratorium „Christus“. — Mitwirkende: Der Kreuzchor. Solisten: Helene Jung, Mitglied der Singschule (Alt), Orgel: Kirchenmusikdirektor Bernhard Pfannkuchl. Leitung: Prof. Otto Richter. — Letzte (8 M.) an den Kirchzügen. — Nummerierte Plätze (60 M. einschließlich Text) auf den 1. Emporen zum Besten des Gefallenen-Ehrenmals in der Kreuzkirche sind vor der Kasse am Altarportal zu haben.

In Wien in der Operetten- und Tanzkomponist E. R. Fleiter, dessen 80. Geburtstag jüngst gefeiert wurde, gestorben. Die Operetten des fruchtbarsten Komposers sind von der Bühne verschwunden, seine Wälder — die „Wälder“, die „Wälder“ — genossen vollständige Beliebtheit auch außerhalb Österreichs.

Internationales. Sibirische Staatsoper. Opernhaus. Sonntag, am 19. November, Hans Pflüger „Palerina“ unter der musikalischen Leitung des Komponisten mit Willy Haber, Theodor Scheibl von der Berliner Staatsoper (Morone a. H.), Ludwig Gysi, Julius Baitz, Max Ditzel, Rudolf Schmalzauer, Hans Gange, Robert Häfel, Feib Bogestrom, Weite Bertram-Rich, Helene Jung, Ludwig Gysi, Weite Bertram-Rich, Helene Jung, Ludwig Gysi, Weite Bertram-Rich. Spielzeit: Georg Lohrer. Anfang 6 Uhr. Sämtliche Plätze müssen vor Beginn der Vorstellung eingenommen werden!

Schauspielhaus. Sonnabend, den 18. November, nächste Wiederholung des Schauspiel „Propheeten“ von Hans Johst in der Fassung der Uraufführung. Spielzeit: Georg Lohrer. Anfang: 1/8 Uhr.

Reichentheater. Sonntag, den 19. November, nachmittags 1/4 Uhr zu kleinen Preisen „Mit-Heidelberg“.

Dem Kriege erklären wir den Krieg! Wir wollen den Frieden!

Es ist etwas Erstaunliches um die rückbildende Erkenntnis, daß die starke Ansicht in die drohende Gefahr des Entschlusses nicht abzuwenden vermochte. Die gewaltigen Kundgebungen vom 17. November 1912 hatten vergeblich an die herrschenden Mächte appelliert. Zwei Jahre später stand die Welt in Brand.

Der 17. November sei eine ewige Mahnung an alle pazifistisch Gesinnten des Erdballs, den mühsam erzwungenen Frieden mit geistigen und materiellen Sicherungen zu umgeben, die eine Wiederkehr des furchtbaren Zwiespalts zwischen menschlicher Vernunft und blinder Wuterei des Weltgeschicks für alle Zukunft unmöglich machen.

Das Finanzausgleichsgesetz.

Neue Steuererhöhungen für Länder und Gemeinden.

Berlin, 16. November.

Der Reichstag beschloß heute in seiner heutigen Sitzung mit einer Novelle zum Landeszweckgesetz, die unter dem Titel „Finanzausgleichsgesetz“ verabschiedet werden soll. In der Novelle werden Länder und Gemeinden zunächst neue Steuererhöhungen eröffnet. Die Länder sind befugt, zum Zwecke der Wegebauunterhaltung eine Fahrwegsteuer zu erheben. Die Gemeinden dürfen eine Getränkesteuer und eine Schankverkehrssteuer erheben, ferner werden ihnen die Erträge einer Viehsteuer überwiesen. Andererseits soll die Beteiligung der Länder und damit auch der Gemeinden und Gemeindeverbände an den Reichsteuern erhöht werden. Der Anteil der Länder an der Einkommen- und Körperschaftsteuer soll von zwei Dritteln auf drei Viertel erhöht werden; ferner wird das Reich auf die Grundwertsteuer verzichtet und 70% den Ländern und Gemeinden (Gemeindeverbänden) je 10 Prozent des Aufkommens, abzüglich 4 Prozent für das Reich als Ausgleich für Verwaltungskosten, überwiesen. Die Umsatzsteuer soll von 2 auf 2 1/2 Prozent erhöht und der Anteil der Gemeinden an der Umsatzsteuer von 5 Prozent auf 25 Prozent erhöht werden.

Weitere Einnahmen werden den Ländern dadurch zuteil, daß das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer ihnen voll überwiesen wird, ebenso das Aufkommen aus der Kennzeichensteuer. Dabei sollen diejenigen Länder, die Totalmotor haben, 50 Prozent erhalten, während an die übrigen Länder, 50 Prozent nach der Bevölkerungsziffer verteilt werden. Ferner sollen die Länder der Länder möglichst erleichtert werden. Das Reich last demgemäß den Ländern oder Gemeindeverbänden (Gemeindeverbänden) neue Aufgaben auf, wenn es gleichzeitig für die Beseitigung der erforderlichen Mittel Sorge trägt. Zur Bekämpfung der höchsten Besoldungen für Beamte und Angestellte sollen, statt der bisherigen „Vordachsteuer“, Zuschüsse des Reiches gewährt werden, und zwar sollen diese Zuschüsse 75 Prozent der Besoldungen betragen, die über das sogenannte Anlagegehalt hinausgehen, das bis zum Oktober 1921 gezahlt wurde. Der übrige verbleibende Rest von 25 Prozent soll einen sogenannten Sparsamkeitsfaktor bilden und die Gemeinden und Länder veranlassen, die Zahl ihrer Beamten und Angestellten allmählich abzubauen. In einer Resolution, die Annahme fand, wird gefordert, daß die im Interesse der Selbständigkeit und Selbstverantwortlichkeit der Länder und Gemeinden grundsätzlich zu fordernde Wiederherstellung ihrer finanziellen Selbstständigkeit, mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse, noch nicht verwirklicht werden können. Dieses Ziel sei nur zu erreichen durch möglichst weitgehende Überlassung großer Steuern an Länder und Gemeinden. Dem Gesetzesentwurf erteilte sodann der Reichstag seine Zustimmung. Ferner wurde angenommen eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, die am 20. November in Kraft treten soll. Aber die Höhe der Höhe im einzelnen wurde keine Mitteilung gemacht.

Die Not der Ärzte.

Berlin, 17. November.

Die Berliner Ärzteschaft nahm gestern in einer fast beschissenen Versammlung im Langendambischom-Hause zu dem bereits mitgeteilten Beschlusse des Beirats des Leipziger Verbandes bezüglich der Krankentaffel Stellung. Trotz einer beachtlichen Opposition, die sofortigen Abbruch der Verhandlungen wünschte, einigte man sich auf nachfolgende Entschlüsse:

Wie die gesamte deutsche Ärzteschaft ist auch diejenige Berlins durch die Entwidlung der Verhältnisse in schwere Bedrängnis geraten. Die kostspielige Bezahlung entspricht an sich in keiner Weise der Leistung. Weitere wirtschaftliche Schwankungen sind den Ärzten durch die vergrößerte Auszahlung der Honorare zuzugerechnet worden; am Kaufwert des Geldes gemessen haben sie an dem Honorar des ersten Quartals 1928 34 Prozent, des zweiten 55 Prozent, des dritten 74 Prozent eingebüßt. Da in den Monaten Juli bis September erarbeitete Honorare Juli bis heute noch nicht voll ausgezahlt, ebensowenig das ebenfalls fällige

Oktobehonorar. Gegenüber diesen Schwankungen haben die Kräfte jeden Ausgleich durch freiwilliges Entgegenkommen verweigert und besaßen auf dem Buchstaben eines vor acht Monaten unter völlig anderen Verhältnissen und Voraussetzungen geschlossenen Abkommens. Die Berliner Ärzteschaft stellt dies nochmals fest, damit namentlich die Versicherten das oft betonte soziale Empfinden ihrer Kassenverbände richtig beurteilen lernen und die gesamte Öffentlichkeit das Verständnis dafür gewinnt, auf welcher Seite, bei einem Kampfe zwischen Ärzten und Kräfte, die Schuld zu suchen sein würde. Trotz der ihr zugesagten Unbill wird auch die Berliner Ärzteschaft die kassenärztliche Tätigkeit zunächst nicht einstellen. Sie tut dies in der Erwartung, daß die für die Durchführung der Sozialversicherung zuständigen und verantwortlichen Behörden in kürzester Frist Mittel und Wege finden werden, um den Ärzten die weitere Mitarbeit zu angemessenen Bedingungen zu ermöglichen. Sollte diese Erwartung abermals enttäuscht werden, so muß die Ärzteschaft sich ihre weiteren Entschlüsse vorbehalten.

Neue Sichtvermerksgebühren für Ausländer.

Die Übersicht über die Rückreiseführermerksgebühren, die von fremdländischen Reisenden bei den deutschen Poststellen im Ausland im November 1922 zu entrichten sind, weist infolgedessen Veränderungen auf, als mit Rücksicht auf die starken Schwankungen des Dollarkurses, von einer Befreiung der Gebühren in Markwährung Abstand genommen worden und, statt dessen, die jeweilige fremde Währung zugrunde gelegt ist. Der amtliche Preis der Poststellen teilt nachstehend einige Beispiele mit, die von fremdländischen Staatsangehörigen zu entrichten sind:

Es haben zu zahlen: Argentinien der Vereinigten Staaten 10 Dollars, Frankreich 25 Francs, Belgien 37,50 Francs, England 15 Schilling, Italien 18,75 Lire, Niederlande 9 Gulden, Norwegen 13,00 Kronen. Entsprechend ihrer tieferliegenden Werta sind von Österreich 15,00 Kronen oder 300 Reich, von Rußland der Wert von 500 Reichsmark zu leisten. Ungarn zahlt 450 Kronen, die Tschechoslowakei 60 Kronen. Die Einwohner von Danzig und Memel unterliegen den Vorschriften über deutsche Reichsangehörige. Die hier angeführten Sätze sind in Mark zu berechnen.

Der österreichische Wiederaufbau.

Wien, 16. November.

Die Regierung hat, wie dem B. Z. gemeldet wird, den Parteien des Nationalrats vertraulich eine Vorlage übermittelte, nach welcher zur Kontrolle aller jener Maßnahmen, zu denen die Regierung unter Ausschaltung des Nationalrats nach dem Wiederaufbaugesetz ermächtigt werden soll, eine nach dem Proportionalwahlrecht von allen Parteien des Nationalrats zu wählende Kommission, deren Mitglieder den Titel „Staatsrat“ führen sollen, einzusetzen ist. Diese Kommission wird außerordentlichen Ratsmitgliedern sein, und die Regierung hat alle im Rahmen des Wiederaufbaugesetzes zu treffenden Maßnahmen vor ihrer Entscheidung diesem Ratsrat vorzulegen. Der Ratsrat hat ein Vetorecht und ist außerdem ermächtigt, andere Maßnahmen in Betracht zu bringen, die die Regierung geduldet hat. Dieser Kommission werden außer den „Staatsräten“ auch alle Mitglieder der Regierung angehören. Die Verhandlungen mit den Parteien hierüber sind ziemlich weit vorgeschritten, und man hofft, schon morgen zu einer Einigung gelangen zu können.

Abschaffung des Achtstundentages in Italien.

Rom, 16. November.

In Ausführung seines innerpolitischen Sparprogramms hat Mussolini nun auch ein Dekret herausgegeben, das die Abschaffung des Achtstundentages für alle Arbeiterkategorien einschließlich Eisenbahner vorseht. Wahrscheinlich denkt der Premierminister an die Einführung eines Überstunden-systems. Eine Reihe von Verwaltungsbehörden und auch Ministerien werden zusammengefasst werden.

Bereinigung der Republik des fernen Ostens mit Sowjetrußland.

Moskau, 16. November.

Nach einer Meldung der Russischen Telegraphen-Agentur aus Tschita sah die gesetzgebende Körperschaft der Republik des fernen Ostens nach einander Besprechung der Lage einstimmig den Beschluß, sich aufzulösen, um die Vereinigung mit Sowjetrußland zu vollziehen. Die Entscheidung erging diese letzte Aktion der gesetzgebenden Körperschaften mit Begeisterung.

England nach den Wahlen.

Die Wahlergebnisse, die bisher aus England vorliegen, ergeben eine Stimmenmehrheit für die konservative Partei, die genügt, um einer konservativen Regierung einen von Tagesfragen und Parteistreitigkeiten nicht beeinflussten Kurs zu ermöglichen. Nach dem Zerfall der Koalition, der die Regierungsmehrheit in das Lager der alten Konservativen Partei zurücktrieb, war das nicht anders zu erwarten. Das Zweiparteien-System hat zwar noch einmal gesiegt, aber in das englische Parlament ziehen Parteien ein, die in dieses System nicht mehr hineinpassen werden. Zwischen den Konservativen und Liberalen hat sich eine neue Gruppe eingeschoben, die National-Liberalen, unter Lloyd Georges Führung. Vielleicht wird es einmal der größte Fehler Lloyd Georges in der Geschichte genannt werden, daß er es nicht verstanden hat, sich im rechten Augenblick aus dem politischen Leben zurückzuziehen, sondern daß er um seiner Persönlichkeit willen innerhalb der Liberalen eine Spaltung hervorgerufen hat, die bereits heute das parlamentarische Leben in England unübersichtlicher gestaltet und die eines Tages zu schwierigen Konstellationen führen kann, die sich Anzeichen eines verfallenden Parlamentarismus sind. Die englische Arbeiterpartei allerdings wird sich darüber nicht zu beschweren haben. Sie kann aus der Uneinigkeit der Bürgerlichen nur gewinnen, wie das bereits während der vorliegenden Wahlen der Fall gewesen ist. Denn das Bemerkenswerte an den englischen Wahlen ist die überraschend große Zunahme der Stimmen für die Arbeiterpartei. Mag die konservative Partei auch noch einmal eine regierungsfähige Mehrheit zusammenbekommen, alles in allem betrachtet, hat sie starke Rückschläge erlitten, Verluste, die noch größer gewesen wären, wenn nicht die Uneinigkeit der Liberalen ihnen noch einmal den Steigbügel gehalten hätte. Die Arbeiterpartei hingegen hat absolut an Stimmen gewonnen. Sie wird bedeutend mehr Abgeordnete in das Unterhaus schicken als in der vorigen Session. Sie wird bei weitem stärker vertreten sein, als auch stärkere Berechnungen angenommen hätten. Das hat keine Ursache in der absoluten Einigkeit der englischen Arbeiterpartei, in dem hervorragenden Zusammenarbeiten zwischen der politischen Arbeiterpartei und den Gewerkschaften. Es hat aber auch seine Ursache in der zielbewussten Politik der englischen Arbeiter, die, jedem dogmenhaften Radikalismus fern, ihr Augenmerk auf die großen Notwendigkeiten des Tages richtet. An dem Rechtswort der englischen Arbeiterpartei, die im Parlament wahrheitsgemäß die zweitgrößte Partei sein wird, wird auch die konservative Partei Englands nicht vorübergehen können. Es wird sehr wertvoll sein, zu beobachten, wie die beiden Extremen, Konservativ-Arbeiter, in der Folgezeit die Politik Englands führen werden. Denn in den Händen dieser beiden Gruppen ruht jetzt das Schicksal Englands.

London, 17. November.

Die neue Regierung wird eine Mehrheit von 70 bis 80 Stimmen im Unterhaus haben. Nach den bis gestern abend 9 Uhr vorliegenden Wahlergebnissen haben die Konservativen 243, die Nationalliberalen 52, die Liberalen 57, die Arbeiterpartei 140 und die Unabhängigen 13 Sitze erlangt. Für Ergebnisse sehen noch aus.

Der Sozialist Morel, der frühere Herausgeber des Arbeiterblattes „Daily Herald“ Lansbury, der sozialistische Schriftsteller Sidney Webb und Philipp Snowden sind gewählt. Fünf Regierungsmitglieder, darunter Griffiths und Boscaawen sind geschlagen worden. In dem Wahlkreis Woburn (Bancashire) besiegte der konservative Clayton mit 14679 Stimmen den Arbeiterführer Henderson, der 12897 Stimmen erhielt. Wie die Wähler melden, ist Kernworthy in Hull als Kandidat der Unabhängigen Liberalen wiedergewählt worden. Der bekannte Pazifist Pughon ist als Kandidat der Arbeiterpartei gegen den konservativen Gegenkandidaten gewählt worden. Der Arbeiterführer Ben Tillett siegte in Northallford mit einer Mehrheit von 21 Stimmen.

Französische Pressestimmen zu den englischen Wahlen.

Paris, 17. November.

Zu dem Ergebnis der englischen Wahlen sagt der „Petit Parisien“: Es scheint, daß das englische Volk viel weniger für Bonar Law oder die konservative Partei stimmen wollen, als gegen das politische System, das durch das Koalitionssystem dargestellt war. Die Engländer scheinen einer Regierungsform ein Ende bereiten zu wollen, deren sie müde geworden sind. Ihr Verdict ist vor allem negativ. — Das „Echo de Paris“ sagt, Bonar Law habe wunderbar mandatiert. Er habe die Führung der Unzufriedenen seinen Augenblick zu früh abgenommen. — Der „Matin“ meint, das Bemerkenswerte bei den britischen Wahlen sei der Umstand, daß die konservative Partei aus der Wahlkampf mit einer absoluten Mehrheit hervorgehe. — Der „Ouvrier“ sagt, trotzdem die Konservativen gut abgeerntet hätten, müßten sie jetzt mit der Arbeiterpartei rechnen. Es sei annehmlich, daß die Arbeiterpartei in einer neuen Zukunft als große Oppositionspartei die liberale Partei ersetzen werde. Der traditionelle Mechanismus des englischen Parlamentarismus werde dadurch umgeändert werden, und große Veränderungen selbst in der Regierung des Landes würden daraus hervorgehen. Schon jetzt könne man dieses geschichtliche Ereignis vorausagen.

Die Stabilisierung der jugoslawischen Währung.

Belgrad, 16. November.

Der jugoslawische Finanzminister Ploshic erklärte im Parlamente, er habe begründete Hoffnung, daß er den Kurs des Dinars mit 11 bis 12 Schweizer Centimes stabilisieren könne. Für das nächste Jahr erwartet der Finanzminister dann einen Dinarfuß von 15 bis 16 Centimes.

Mussolinis Programmrede.

Rom, 16. November.

In seiner großen Programmrede in der Kammer erklärte Mussolini zur auswärtigen Politik, seine Friedensverträge. Wenn sich aber ihre Sinnlosigkeit ergebe, könne man die gegenseitige Stellung der Vertragschließenden von neuem prüfen. Aber das Problem des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas lagte Mussolini, es sei besser, Handelsverträge zu brechen abzuschließen, anstatt große, nutzlose Konferenzen abzuhalten. Er nahm sich vor, in den Unterhaltungen mit den Ministern Englands und Frankreichs das Problem der Entente ins Auge zu fassen. Aus dieser Prüfung gehe entweder ein wahrhaft homogener Block von Kräfte hervor, oder die letzte Stunde für die Entente habe geschlagen. Er wünsche, das Erfreue möge geschehen, auch in Anbetracht der Erstarrung der Welt im Osten und der wachsenden Intimität zwischen Deutschland und Rußland. Hinsichtlich der Türkei müsse man anerkennen, was jetzt eine vollendete Tatsache sei, unter den notwendigen Garantien für die Freiheit der Meerengen. In der Frage der Teilnahme an der Konferenz von Lausanne werde Italien seine Interessen verteidigen. In der nächsten Dräffeler Konferenz werde Italien die Ansicht vertreten, daß die Schulden und Reparationen ein untrennbares Ganzes bilden. Mussolini schloß: Solange er regiere, werde er nicht gegen die Kammer operieren. Aber die Kammer müsse auch ihre besondere Lage betonen, insofern deren sie ebenso gut in zwei Tagen wie in zwei Jahren aufgelöst werden könne. Nach Schluß der Rede, die für den Ministerpräsidenten ein harter Triumph war, beglückwünschten zahlreiche Abgeordnete den Redner noch persönlich. Kurz darauf, ab Mussolini auch im Senat ähnliche Erklärungen ab, die gleichfalls zu begeisterten Kundgebungen führten.

Sonderverträge Amerikas mit der Türkei.

London, 17. November.

Die der „Newport Herald“ aus Washington meldet, hätten die Vereinigten Staaten, um ihre Interessen im nahen Osten sicherzustellen, die Absicht, Sonderverträge mit der Türkei und mit den Alliierten abzuschließen. Amerika könne keinen allgemeinen Vertrag mit der Regierung von Ankara abschließen, da es niemals mit ihr in Konflikt gestanden habe. Wie verlautet, teilte Lo b Curzon im Laufe des gestern abgehaltenen Kabinettrates die neuesten Details aus Konstantinopel mit und empfing endgültige Befehle für die Lausanne Konferenz. Die britische Delegation wird der „Times“ zufolge nur aus sieben Personen bestehen. Außen Lord Curzon sei noch der Oberkommissar in Konstantinopel zum Delegierten ernannt worden. Ihnen werden die Staatssekretäre für auswärtige Angelegenheiten Tyrrel und mehrere Sachverständige beigegeben werden. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ hat James Haysa gestern eine lange Unterredung mit dem neuen italienischen Botschafter in Paris Avogiana gehabt.

Groß-Ultimatum an China.

Paris, 17. November.

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Newport verlautet aus Peking, daß China von den Vereinigten Staaten, England, Frankreich und Italien ein Ultimatum zugestellt worden ist, in dem die Freilassung von zehn von chinesischen Banden festgehaltenen Ausländern binnen einer Woche verlangt wird. Werde dem Ultimatum nicht stattgegeben, so würden die Mächte China öffentlich als „eine von Mächten beherrschte und verantwortliche Nation“ brandmarken.

Kleine Auslandsnachrichten.

Brag, 16. November.

Infolge der antisemitischen Kundgebungen der deutschen Nationalen Studentenchaft gegen den jüdischen Rektor Dr. Steinhilber hat der akademische Senat der deutschen Universität in Prag beschlossen, die Vorlesungen sämtlicher Fakultäten auf mehrere Tage zu unterbrechen. Die deutschen Nationalen Studenten wurden aufgefordert, alle Unübersichtlichkeiten sofort freizugeben.

Paris, 16. November.

Heute vormittag wurde in Paris der Kongress der sozialistisch-rabialen Partei

eröffnet. Der Parteitag hat Herrlot wieder zum Vorsitzenden der Partei gewählt.

London, 16. November. Aus Washington wird gemeldet: Nach einer Mitteilung des Präsidenten Harding ist eine Billigung des Alkoholvertrags zu erwarten.

London, 16. November. Neuer zufolge besagt ein in Tokio eingetroffenes Telegramm, daß die Regierung von Khabarovsk die Evakuierung der chinesischen Chhaba abgeschlossen habe. Damit sei die Kontrolle der Bahn in die Hand von Moskau übergegangen.

Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

Als Mitglied des Staatsrechnungshofes ist nach dem neuen Gesetz über den Staatsrechnungshof dies ernannt worden, zum erstenmal auch ein technischer Beamter berufen worden, und zwar der bisherige Oberregierungsbaudirektor Gaisch.

Die unter dem 16. November ausgegebene Nr. 32 des Reichsgesetzblattes enthält: Gesetz über die Festsetzung eines fünften Reichstags zum Reichstagsjahr 1922, sowie Bekanntmachung über das Reichsgesetzblatt.

Die heute eingegangene Nr. 43 des Sächsischen Gesetzblattes enthält: Kirchengesetz, die Amtsdauer des ersten Geistlichen an der hiesigen evang. Hofkirche etc.; Verordnung, eine vorläufige Abänderung der Vorschriften über die Entschädigung für Reis- und Umzugsausgaben der evang. Geistlichen betr., sowie Verordnung über die Errichtung einer Staatspolizeiverwaltung.

Lohnbewegung.

Dresden, 16. November. Der Demobilisationskommissar hat den von Arbeitgeberseite abgelehnten Schiedsspruch in der Schwaren-Industrie vom 1. November 1922, der die Gehälter in der Schotenfabrik und Zuckerwaren-Industrie sowie verwandter Betriebe für Monat Oktober regelt, für verbindlich erklärt.

Dresden.

Das Presseamt des Polizeipräsidiums teilt mit: Kraftwagenunfälle an Bahnhofsübergängen veranlassen das Polizeipräsidium, auf die Vorschriften hinzuwirken, nach denen Kraftfahrzeuge, die infolge ihrer Bauart oder ihrer Ladung ein ungewöhnliches Geräusch verursachen, an unbewachten Übergängen der Eisenbahn im Interesse der Sicherheit des Bahnverkehrs und des Straßverkehrs in angemessener Entfernung anzuhalten haben und die Fahrer erst fortsetzen dürfen, wenn keinerlei Anzeichen das Veranlassen eines Zug- oder einer Lokomotive ankündigen.

Ferner teilt das Presseamt des Polizeipräsidiums mit: Mit Rücksicht auf einen Unfall wird die Bestimmung in Erinnerung gebracht, nach der auf der Kugelschleife und auf der Loschwitz-Bischofswerder Brücke die Fußgänger stets den in der Gangeichtung rechts liegenden Fußsteig zu benutzen haben. Bei der erheblichen Zunahme des Verkehrs in den Straßen der inneren Stadt würde es eine wesentliche Verkehrsverleerung bedeuten, wenn die Fußgänger diese Bestimmung in allen Straßen, in denen ein lebhafter Verkehr herrscht, beachten würden, soweit nicht auf der anderen Straßenseite Obstände zu besorgen sind.

Für die Sammlung 'Brüder in Rot' sind dem Sächsischen Roten Kreuz aus einer Schüler-Sammlung des Sächsischen Gymnasiums in hochherziger Weise 10000 M. überwiesen worden. Dem Str.-Fremden-Strassenarbeiter M., der die Diebe entdeckte, die eine Brunnenschür ab Georg-Gymnasium im Gewicht von 7 bis 8 Pfund gestohlen hatten, ist vom Räte der Stadt eine Belohnung von 3000 M. zugewilligt worden. Im Weidener See findet am auch der Umbau des oberen Sees beendet ist, Dienstag und Freitag von 4 bis 7 Uhr wieder die vornehmen Langtiefen wie im Vorjahre statt.

Aus Sachsen.

Offene Stellen für Lehrer.

Die händ. Lehrkräfte in Arnoldsgrün, Amtsdorf, Ort. Nr. D. Bew. bis zum 30. Nov. an den Bezirksamt zu Olsnitz i. B.

Wichtig für Deutsche aus Nordschleswig. (N.) Nach dem Staatsangehörigkeitsabkommen zwischen Deutschland und Dänemark erwerben die Deutschen, die am 15. J. u. 1920 in dem an Dänemark abgetretenen Gebiete Nordschleswig ihren Wohnsitz hatten, und dort bereits vor dem 1. Oktober 1918 wohnten, unter Verzicht der deutschen Reichsangehörigkeit das dänische Staatsbürgerrecht.

Hilfe für bedrängte Deutsche.

Dem in Ausland im Asylgebiet, und auf der Halbinsel Krim kann der Reisende auf einmal deutsche Leute begegnen, deutschen ein- gewanderten Schwaben schloß und wahren ihrer Väter und Großväter deutsche Art. Vor dem Weltkrieg ging es ihnen gut, was sie aber nicht hinterließ, der alten deutschen Heimat Liebe und Treue zu bewahren. Der Krieg und die ihm folgende Revolution brachte diesen deutschen Stammesbrüdern unglückliches Leid. Ihre Existenz wurde gerettet, und sie leben jetzt mit Weib und Kind vor dem Nichts. Hier tut schnelle Hilfe not, wie überall, wo das Elend an die Türen klopft. Wenn auch im Reich und im Lande genug Gelegenheit ist, schlimmster Not zu wehren, so darf doch der Hilferuf aus der Ferne nicht ungehört verhallen. Für unsere Landsleute muß noch etwas übrig sein. Nun soll in diesen Tagen, vom 17. bis 19. ds. Mts., für jene Deutschen gesammelt werden. Die Zweigvereine des Roten Kreuzes und die Albert-Zweigvereine wollen Geldspenden entgegennehmen und dafür sorgen, daß sie in die rechten Hände gelangen. Auch können Spenden auf das Konto 'Brüder in Rot' (so heißt das Sammelwerk) Nr. 61721 bei der Dresdener Bank in Dresden eingezahlt werden. Solche Gaben würden den Empfängern das Bewußtsein geben, daß sie von der alten deutschen Heimat in größter Not nicht im Stich gelassen werden und ihnen neuen Lebensmut verleihen.

Allgemeine Knappschafts-Pensionkasse für Sachsen.

Die Generalversammlung der Kasse findet am 27. November d. J. in Chemnitz statt. Nach dem letzten erschienenen Geschäftsbericht auf das Jahr 1921 ist die Zahl der aktiven Kassenglieder im Berichtsjahre von 51405 auf 53015 gestiegen. An Pensionen- und Rentenempfängern waren Ende 1921 vorhanden 6099 Invaliden, 252 Altersrentner, 8099 Witwen und 4812 Waisen. Bezahlt wurden im Berichtsjahre mit Einschluß der Feuerungszulagen aus der knappschaftlichen Kassendeckung 13,4 Mill. M. und aus der reichsgesetzlichen Kassendeckung 5,9 Mill. M. zusammen also 19,3 Mill. M. (gegen 19,0 Mill. M. im Vorjahre). Das Vermögen, das nach versicherungstechnischen Grundregeln zur Deckung der laufenden Kasseneinlagen und der erworbenen Anwartschaften angeammelt werden muß, betrug am Jahresende bei der knappschaftlichen Kassendeckung 84,3 Mill. M., bei der reichsgesetzlichen Kassendeckung 10,2 Mill. M. zusammen also 94,5 Mill. M.

Fortsetzung der Personendampferfahrten.

Vorangesagt, daß die Witterung mild bleibt, werden die Personendampfer auf der Strecke Dresden-Leipzig auch nach dem 19. d. Mts. noch einige Zeit im Umfange des jetzigen Fahrplans verkehren.

Auf der Strecke Dresden-Riesa werden in nächster Woche noch folgende Fahrten ausgeführt: 11 Uhr vormittags von Dresden nach Riesa an den Tagen Montag, Mittwoch und Freitag um 9 Uhr 35 Min. vormittags von Riesa nach Dresden an den Tagen Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Leipzig. Der Leiter des Tschechoslowakischen Konsulats in Leipzig, Konsulatssekretär Schneider, ist zum Konsulart ernannt worden.

Am 20. Oktober hat hier die 38. Hauptversammlung der Hilfskasse für deutsche Rechtsanwältinnen stattgefunden. Das Geschäftsjahr schließt mit einer Mitgliederzahl von 12745 gegen 12688 im Vorjahre. Das Vermögen der Kasse betrug am 30. Juni d. J. 1336223,28 M. Bis zu diesem Tage war für das am 1. Juli 1922 begonnene neue Geschäftsjahr für ordentliche Unterhaltungsarbeiten schon über 361970 M. verfließen.

Großgörschen. Auf Verordnung des Ministeriums des Innern vom 4. November 1922 ist der selbständige Ortsbezirk Großgörschen mit der Gemeinde: Großgörschen zwangsweise vereinigt worden. Sonach hat der Ortsbezirk von Anfang November 1922 ab aufgehört zu bestehen.

Hab Wiser. Die Direktion des kassischen Moor- und Mineralbades und der Ärzte-Berein haben beschlossen, den Kurbetrieb auch in diesem Winter aufrechtzuerhalten. Fast alle Ärzte sind auch im Winter anwesend.

Selbnitz i. B. Der Entwurf über die Erhebung einer Sozialabgabe ist vom Stadtrat genehmigt worden. Die Mittelverteilung der Stadtdirektoren ist noch eingehend.

Hollenstein. In den am Sonntag hier stattfindenden Stadtdirektorenwahlen sind nicht weniger als sechs Wahlvorschlagslisten (vier von der Reichspartei u. einchl. des Hausbesitzer- und Mietervereins, zwei von den Einzelparteiern), eingegangen. Bis jetzt fanden im Kolle zum 13. Bürgerlichen 11 Stadtdirektoren der Linken gegenüber.

Waldheim. Bei der Stadtdirektorenwahl in der Sozialdemokratien 14, die vermissten Bürgerliche Parteien 5, die Demokraten 5, die D. u. besitz 2 Sige und die Kommunisten 1 Sig erhalten. Gegenüber der im Stadtdirektorenwahl verlieren die Bürgerlichen 1 Sig.

Zunehmen. Das Gesundheitsamt des Reichsbezirks Herzog-Alexander hat der bis zur Stadtgrenze jetztigsteht, so daß voraussichtlich damit geteilt werden kann, daß nächste Woche hier erstmalig was gemacht werden wird.

Hohenstein-Ernstthal. Durch das sächsische Wohlfahrtsamt werden gegenwärtig an eine große Anzahl Sozialrentner und sonstiger bedürftiger Personen Ratteisen und Kohlen unentgeltlich verteilt. Eine zu diesem Zwecke eingetretene Doppelzahlung Ratteisen war seitoren, jedoch die Stadt die Annahme verweigerte.

Stimmthun. Die Stadtdirektoren haben beschlossen, an besonders betätigte Personen an drei Tagen in der Woche je eine warme Mahlzeit unentgeltlich abzugeben und zwei sächsische Wärmehüllen zu erziehen.

Kur. Die Stadt Kur gibt für 80 Mill. M. Rotgeld aus, die zweite Reihe von 40 Mill. in gleichmäßig ausgeführten Ein- und Fünfundertmattscheinen, die auf der Rückseite das Bildnis des alten Meisters Jell: und räumliche Fabrikschleife als Einbildung der geschichtlichen und wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt und darauf bezügliche Feste zeigen: 'Wo Wöche Meisters Jell: bereitet die Kur befeht, schafft Kur und Hammer heut für eine ganze Welt' u. m.

Werkbau. Die sächsischen Beamten haben zu Ehren ihrer im Weltkrieg gefallenen Kollegen einen Gedenkstein im hiesigen Rathaus gesetzt.

Vorna. Zum Besten der Sozial- und Kleinrentner wollen die Arbeiter in der Metallindustrie eine Abstinenz leisten. Die Metallindustriellen sind bereit, zu dem gleichen Zweck den Betrag einer Lohnkür zu zahlen.

Mittweide. Die Stadtdirektoren haben aus den Überschüssen der sächsischen Werke 10000 Mark bewilligt, von denen Sozial- und Kleinrentner sowie sonstige arme Leute ohne Rente monatlich 50 M. Beihilfe zur Verbilligung des Lebens erhalten sollen. In Vertretung kommen etwa 500 Personen. Weiter sind 61000 M. gleichfalls zur Unterstützung armer Leute ohne Rente und Entkommen, 30000 M. für die Rinderhilfe und schließlich 60000 M. jährlicher Zuschuß für die Kleinrentnerbewahrungsbank bewilligt worden.

Der Gaspreis wird auf 38 M., der Strompreis für Licht auf 100 und Kraft auf 80 M. erhöht. Von weittragender Bedeutung ist der Beschluß der Einführung einer Sozialabgabe nach Chemnitzer Muster und die Erhebung eines sächsischen Zustulages zur Wohnungszulage.

Wagen. Die Stadtdirektorenwahlen finden am 10. Dezember statt. Es sind 35 Stadtdirektoren zu wählen.

Land- u. Forstwirtschaftliches.

Gärtnerlehrlingsprüfungen 1922 im Freistaat Sachsen.

Die diesjährigen Prüfungen der Gärtnerlehrlinge, die im Kalenderjahr 1922 ihre vertraglich vereinbarte Lehrzeit ordnungsmäßig beenden, haben im Frühjahr und im Herbst in Jitzau, Bautzen, Dresden, Plauen, Coburg, Döbeln, Leipzig, Chemnitz und Zwickau stattgefunden. Im ganzen unterzogen sich 288 Lehrlinge der Prüfung. Von diesen erhielten die Hälfte an erster Stelle, 162 'gut', 80 'genügend' und 1 'ungenügend'. Verglichen mit früheren Jahren ergibt sich folgende Zunahmezahl der Lehrlinge: 1917 42, 1918 88, 1919 111, 1920 126, 1921 196, 1922 288. Durch Einrichtung dieser Prüfungen wird die Ausbildung des gärtnerischen Nachwuchses in die Bahnen gelenkt, die zur erfolgreichen Ausübung des Gärtnerberufes erforderlich sind. Hierfür sind die Verhältnisse im Gärtnerberuf unterzucht und, beschränkt beim Ausschuss für Gartenbau beim Landesrat (Kurat), Dresden-A., Eichenstr. 14, die von ihm herausgegebene Aufzählungsschrift:

'Soll mein Sohn Gärtner werden?', die sofort abzugeben sind.

Sport.

Wettkämpfer schlägt Hollkamp. Der deutsche Schwergewichtler Hans Wettkämpfer hat sich von seinem Schöpfer gegen Samson-Löner schnell erhol. Bei dem internationalen Boxkampf, der am Mittwochabend in Amsterdam stattfand, besiegte er den etwa 30 Pfund mehr wiegenden guten holländischen Schwergewichtler Hollkamp bereits in der zweiten Runde durch k. o. Der deutsche Weltgewichler Ernst Grimm verlor nach schönem Kampfe gegen de Jaeger nach Punkten.

Geselligkeitspreis. Der 100 000 M.-Geselligkeitspreis der Luftfahrzeugindustrie ist jetzt durch das von der Wissenschaftlichen Gesellschaft für Luftfahrt eingesetzte Preisgericht vergeben worden. Der Beste für den Preis rechnende Flug ist der von Hengen (Hannover), der unter den Bedingungen des Preiswettbewerbs am 19. August von der Luftfahrt einen Flug von 3 Stunden 10 Min. durchführte. Der Preis ist deshalb Prof. Pröll als Vertreter und Leiter der Luftwissenschaftlichen Gruppe des Hannoverischen Vereins für Flugwesen zugesprochen worden. Hengen erhielt außerdem als Führer des Apparates den Zusatzpreis von 20 000 M., den die Wissenschaftliche Gesellschaft für Luftfahrt ausgesetzt hatte.

Devisenkurse. 17. November.

Table with columns for exchange rates (e.g., Gold, Silber, Dollar, Pfund) and their values on 17.11.1922.

Landeswetterkarte. (17. November.)

Dresden: Höhe 110 m. Max. 9.0. Min. 5.1. Niederschlag: 0.1. Temperatur: 4.8. Wind: W 4. Wetter: Regen. ...

Der Nachdruck aus dem Inhalt der Sächsischen Staatszeitung ist erlaubt. Für den Nachdruck der Originalausgabe ist die Erlaubnisgabe notwendig.

Für den Anzeigenteil verantwortlich: Verwaltungsdirektor der Staatszeitung, Dresden.

Die heutige Nummer umfasst 6 Seiten.

Sächsische Holzverfeinerungsergebnisse.

Table showing wood processing results with columns for district, date, species, and volume.

Einige Anwärter für Staatsämter.

Einige Anwärter für Staatsämter sind jetzt gesucht. ...

Der Stadtrat.

Älterer Beamtenanwärter für Wohlfahrtsamt gesucht. ...

Verwaltungs- u. Kanzleianwärter.

Verwaltungs- u. Kanzleianwärter für die Kreis- u. Steuerstellen zu baldigem Eintritt gesucht. ...

Gemeindeverwaltung Nadeben. Dresden.

Kassierer für Gemeinde-, Steuer- und Krankenliste gesucht. ...

Tagestalerder.

Sonnabend, 18. Novbr. Staatsbühnen. ...

Opernhaus.

Hoffmanns Erzählungen. Anfang 1/2 Uhr. ...

Sonntag: Opernhaus.

Wohlfahrtsamt. ...

63. Geburtstag. Anfang 1/2 Uhr.

Wochenpielplan. Montag 1/2 Uhr: ...

Wochenpielplan. Montag und Dienstag 1/2 Uhr.

Madame Pitt. ...

Wochenpielplan. Montag und Dienstag 1/2 Uhr.

Madame Pitt. ...

Wochenpielplan. Montag und Dienstag 1/2 Uhr.

Madame Pitt. ...

Wochenpielplan. Montag und Dienstag 1/2 Uhr.

Madame Pitt. ...

Wochenpielplan. Montag und Dienstag 1/2 Uhr.

Madame Pitt. ...

Wochenpielplan. Montag und Dienstag 1/2 Uhr.

Madame Pitt. ...

Wochenpielplan. Montag und Dienstag 1/2 Uhr.

Madame Pitt. ...

Ämtlicher Teil.

In den Sägen der Abschnitte II A und B sowie III der Sächsischen Verordnungsgebung für Holz und Holzwerke vom 26. März 1922 tritt mit Wirkung vom 15. November 1922 die Erneuerungsschlag von 900 v. S. 2243 VIM 7292 Dresden, 13. Nov. 1922. Ministerium des Innern.

Entlohnung der Angestellten-Verhänge.

Im Einkommen mit dem Finanzministerium wird vorbehaltlich tariflicher Regelung folgendes bestimmt:
Verhänge, die nach der Vereinbarung 15540 I A P vom 17. August 1920 unter den Tarifverträgen für die Angestellten bei der sächsischen Staatsverwaltung (Verkehrsangehörigen) stellen, erhalten mit Wirkung vom 1. September 1922 ab an Gesamtschlägen (Grundvergütung und Teuerungszuschlag):

Table with 4 columns: In einem Jahre der Dienstzeit, 1. Jahr, 2. Jahr, 3. Jahr. Rows A-E showing monthly and annual amounts.

Die bereits fällig gewordenen Mehrbeträge sind unverzüglich auszusahlen. 450 a P A II Dresden, am 16. November 1922. 7320 Ministerium des Innern, Personalamt.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Mit Wirkung vom 20. November 1922 ab hat der Reichsminister des Innern mit Zustimmung der Reichsregierung und des Reichsrats die Höchstsätze der Erwerbslosenunterstützung auf folgende Beträge erhöht:

- 1. für männliche Personen: a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben... 140 125 115 100 etc.

Um Zweifel auszuräumen, weist der Reichsarbeitsminister nach, dass nach § 9 Abs. 5 der Verordnung über Erwerbslosenunterstützung vom 1. März 1922 (Reichs-Gesetzblatt S. 280) die Familienzuschläge, die ein Erwerbloser erhält, insgesamt das Zweifache der ihm gewährten Unterstützung nicht übersteigen dürfen.

Durch die Erhöhung der Höchstsätze der Erwerbslosenunterstützung erhalten auch die Durchschnittssätze für die Förderung aus der produktiven Erwerbslosenunterstützung für die nach dem 19. November 1922 zu beginnenden Maßnahmen eine entsprechende Erhöhung, deren Umfang in den nächsten weiteren Ausführungsbestimmungen bekanntgegeben werden wird. [26 e E] 7319 Dresden, 17. Nov. 1922. Arbeitsministerium.

Auf Grund von §§ 100 Abs. 1 und 100b der Gewerbeordnung wird hiermit angeordnet, daß vom 20. November 1922 ab sämtliche Gewerbetreibende, die innerhalb des Amtsgerichtsbezirks Falkenstein das Schuhmacherhandwerk selbstständig betreiben, der neu zu errichtenden Schuhmachergewerksinnung für den Amtsgerichtsbezirk Falkenstein mit dem Sitz in Falkenstein als Mitglieder anzuschließen haben.

Die neue Schuhmacher-Innung für den Amtsgerichtsbezirk Falkenstein wird unter dem 20. November 1922 geschlossen (§ 100b Abs. 4 der Gewerbe-Ordnung). 1256 e IV 7294 Zwickau, 15. Nov. 1922. Die Kreisoberhauptmannschaft.

Bekanntmachung neuer Höchstpreise für Mauerziegel.

Mit Genehmigung des Ministeriums des Innern - Landeswohnungsbauamtes - werden im Einkommen mit der Landespreisfeststellungsdirektion Dresden folgende Höchstpreise für Mauerziegel im Bereiche Sachsen festgesetzt:

- 1. der Kreisoberhauptmannschaft Leipzig a) für Ziegel mit Winterbetrieb: vom 1. Nov. bis 8. Nov. 1922 M. 14.800...

Hierzu kommen folgende Zuschläge: in den Orten Dömitz, Borsdorf, b. S. und Talsenau b. S. M. 150.-

- Fenig 400.-
Mittweida, Altmittweida und Lauenhain 800.-
Hohenstein-Langena 250.-
2. der Kreisoberhauptmannschaft Chemnitz vom 1. Nov. 1922 bis auf weiteres M. 18.000.-

3. der Kreisoberhauptmannschaft Zwickau vom 1. Nov. 1922 bis auf weiteres M. 16.000.-

Alle Preise verstehen sich für 1000 Stück Mauerziegel, aufgeben ab Werk, die nach dem 1. November 1922 gebannt sind.

Bei Abgabe unter 1000 Stück ist ein Zuschlag von 10% und von 1000-5000 Stück ein solcher von 5% zulässig. 7296 Leipzig, den 16. November 1922. Kommissar für Gewerbeaufsichtung Westphalen, Radowsky.

Im Namen des Volkes! In der Strafsache gegen den Betriebsleiter Karl Peter Harraf in Niederneulitz wegen öffentlicher Beleidigung...

Das sächsische Landgericht zu Borsdorf hat die Strafsache gegen den Betriebsleiter Karl Peter Harraf in Niederneulitz wegen öffentlicher Beleidigung des sächsischen Gesamtministeriums zu...

Im Falle der Unreinlichkeit tritt ein Tag Gefängnis an Stelle von je einhundertjährig Kart der Geldstrafe. (92.) S p e d.

Vorstehendes Urteil wird mit dem Bezeugen ausgefertigt, daß es am 18. Oktober 1922 rechtskräftig geworden ist. Borsdorf, am 26. Oktober 1922. Der Gerichtspräsident des Amtsgerichts. (02.) Birnbauer, Oberstaatsanwalt. [7318]

Auf Blatt 126 des hiesigen Handelsregisters, die Firma Wilhelm Käth in Borna, ist heute folgendes eingetragen worden: Die Firma ist aufgelöst. 7297 Borna, 13. November 1922. Das Amtsgericht.

Auf Blatt 286 des hiesigen Handelsregisters ist heute die Firma Otto Rath in Dippoldiswalde und als deren Inhaber der Richter des Otto Rath in Dippoldiswalde eingetragen worden. (Geschäftszweig: Handel mit Wolleerzeugnissen, Wollerei und Handel mit Schweinen.) 7298 Amtsgericht Dippoldiswalde, 14. Nov. 1922.

Im hiesigen Handelsregister ist eingetragen worden: a) Am 29. Oktober 1922 auf Blatt 717 über die Firma Ernst Reimann in Döbeln. Die Firma ist aufgelöst; - b) am 14. November 1922 auf Blatt 793 die Firma Otto Herrlich, Großhandel mit Mähwerkzeugen und Lebensmitteln in Döbeln und als deren Inhaber der Kaufmann Otto Herrlich in Döbeln. 7299 Amtsgericht Döbeln, den 14. November 1922.

Im Handelsregister ist heute eingetragen worden: 1. auf Blatt 66, betr. die Firma G. S. Remann jun. in Göbau: In das Handelsregister sind eingetragen der Kaufmann Dr. Eugen Hans Waldemar Hoffmann in Leipzig als persönlich haftender Gesellschafter und ein Kommanditist; die Gesellschaft ist am 15. Oktober 1922 errichtet worden; die dem Kaufmann Dr. Eugen Hans Waldemar Hoffmann in Leipzig erteilte Procura ist erloschen; 2. auf Blatt 354, betr. die Firma P. & M. Köhler in Ebersbach: In das Handelsregister sind sechs Kommanditisten eingetragen. Die Gesellschaft ist am 1. April 1921 errichtet worden. Sie hat nicht für die im Betriebe der Gesellschaft entstandenen Verbindlichkeiten des bisherigen alleinigen Inhabers; 3. auf Blatt 518, betr. die Firma Richter & Köhler in Göbau: Der Richter Eduard Georg Richter in Göbau ist ausgeschieden. In das Handelsregister ist die Richter-eheliche Frau Johanna Elisabeth Richter geb. Lumwig in Göbau als persönlich haftende Gesellschafterin eingetragen. [7300] Amtsgericht Ebersbach, 14. November 1922.

Im Handelsregister ist auf Blatt 555 eingetragen worden die Papier- und Brief-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Gitteritz. Der Gesellschaftsvertrag ist am 7. November 1922 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist die fabrikmäßige Verarbeitung von Papier zu Gebrauchsgegenständen und der Handel mit solchen Gegenständen. Das Stammkapital beträgt dreihunderttausend Mark. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Kaufmann Edgar Hermann in Dresden. Procura ist erteilt dem Fabrikbesitzer Emil Hugo Christian Bernhard Prosch in Gitteritz. Amtsgericht Pirmital, den 14. Nov. 1922. [7295]

Im Handelsregister ist eingetragen worden: 1. am 24. Oktober 1922 auf Blatt 453 (Rechenauer Lohmeyer, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Rechenau): Das Stammkapital ist zufolge Beschlusses der Gesellschaft vom 15. August 1922 auf zweihundertvierzigtausend Mark erhöht worden; 2. am 1. November 1922 auf Blatt 542 (Karl Reiterling in Rechenau): Procura ist erteilt dem Kaufmann Albin Emil Reiterling in Rechenau; 3. am 14. November 1922 auf Blatt 263 (Leipziger Bierbrauerei in Rechenau, Niesed & Co., Aktiengesellschaft in Grimma): Procura ist erteilt dem Kaufmann Hermann Beyerling in Rechenau. Er darf die Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit einem Vorstandsmitglied oder mit einem anderen Prokuristen vertreten. 7301 Amtsgericht Grimma, am 15. November 1922.

Auf Blatt 523 des Handelsregisters ist heute die Firma Waldemar Landmann Hermanns Wenzel und Lange, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Rechenau, und folgendes eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 25. Oktober 1922 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb und die Herstellung landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte und verwandter Artikel...

mit Gütern aller Art und des Großhandels mit allen in die Branche einschlagenden Artikeln, sowie der Reparatur landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte, der Abfuhr anderer Güter, die hiermit unmittelbar oder mittelbar zusammenhängen. Zur Erreichung dieses Zweckes kann die Gesellschaft gleichartige oder ähnliche Unternehmungen erwerben, sich daran beteiligen, oder ihre Vertretung übernehmen. Das Stammkapital beträgt zweihunderttausend Mark. In Geschäftsführung sind bestellt: der Ingenieur Hermann Karl Wenzel und der Kaufmann Georg Gustav Eduard Lange, beide in Rechenau. Die Vertretung der Gesellschaft steht jedem der Geschäftsführer selbstständig zu. Aus dem Gesellschaftsvertrage wird weiter bekannt gegeben: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. 7302 Amtsgericht Rechenau, 16. Nov. 1922.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden: 1. auf Blatt 17636, betr. die Firma Ludwig Schubert in Leipzig: In das Handelsregister ist der Kaufmann Emil Gottfried Ernst Feil Weidner in Leipzig eingetragen. Seine Procura ist erloschen. Die Gesellschaft ist am 1. Oktober 1922 errichtet worden; 2. auf Blatt 20699, betr. die Firma Karl Zeile in Leipzig: Procura ist erteilt der Buchhalterin Anna Marie unverheiratet. Kunadt in Leipzig; 3. auf Blatt 19154, betr. die Firma Schweizerhaus Aktiengesellschaft in Leipzig: Die Procura des Dr. Dietrich Kiesel ist erloschen. Procura ist erteilt dem Kaufmann Hans Schneider in Leipzig. Er darf die Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit einem Vorstandsmitglied vertreten; 4. auf Blatt 19638, betr. die Firma Verlags-Abteilung des Reichsamt für die Rüstwerke in Leipzig: Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig: Die Procura des Dr. Arno Brauer, des Friedrich Behrens und des Friedrich Wilhelm Döndahl ist erloschen. Procura ist erteilt an Hans Vertien in Leipzig; 5. auf Blatt 17540, betr. die Firma Technische Abteilung des Reichsamt für die Rüstwerke in Leipzig: Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig: Die Procura des Friedrich Behrens und des Dr. Arnold Brauer ist erloschen; 6. auf Blatt 17255, betr. die Firma Karl Weitz in Leipzig: Die Procura des Karl Georg Walter Einckel ist erloschen; 7. auf Blatt 18805, betr. die Firma Rudolf Guermann in Leipzig: Zweigniederlassung: Die Procura des Otto Kieper ist erloschen; 8. auf Blatt 16185, betr. die Firma David Waldmann's Sohn-Kleber in Leipzig: Die Gesellschaft ist aufgelöst. David Waldmann ist als Gesellschafter ausgeschieden. Heinrich Zell führt das Handelsregister als alleiniger Inhaber unter der bisherigen Firma fort; 9. auf Blatt 12372, betr. die Firma Bernhard Schindl in Leipzig: Die Procura des Gustav Adolf Georg Roediger ist erloschen; 10. auf Blatt 15824, betr. die Firma D. Ulrich, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig: Die Procura des Karl Beutel und des Felix Schwarz ist erloschen. Procura ist erteilt dem Kaufmann Friedrich Timpan und Alfred Curt Herber, beide in Leipzig. Jeder von ihnen darf die Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit einem anderen Prokuristen vertreten; 11. auf Blatt 18842, betr. die Firma Volkmann & Leipzig in Leipzig: Die Gesellschaft ist aufgelöst und die Firma erloschen; 12. auf Blatt 20213, betr. die Firma Sächsischer Stahl- und Eisenhandel Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der Kaufmann Hubert von der Talle in Döbeln ist als Geschäftsführer ausgeschieden und zum Liquidator bestellt. 7303 Amtsgericht Leipzig, 16. Nov. 1922.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden: 1. auf Blatt 21523 die Firma Werner Pinau in Leipzig (Springerstr. 8). Der Kaufmann Hermann Otto Werner Pinau in Leipzig ist Inhaber. (Angegebener Geschäftszweig: Handel mit Spezialartikeln chemisch-technischer Herkunft); 2. auf Blatt 21524 die Firma Gebrüder Hecht in Leipzig (Göndenan, Reuterstr. 6-8). Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Die Geschäftsführer sind die Brüder Max Hecht, Rudolf Hecht und Hugo Hecht, sämtlich in Leipzig. Die Gesellschaft ist am 1. Oktober 1922 errichtet worden. (Angegebener Geschäftszweig: Kaufwarenhandlung und Kaufwarenhandel); 3. auf Blatt 21525 die Firma Holzweilig & Co. in Leipzig. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Die Geschäftsführer sind der Ingenieur Paul Alfred Holzweilig als persönlich haftender Gesellschafter und eine Kommanditistin, beide in Leipzig. Die Gesellschaft ist am 1. Oktober 1922 errichtet worden. (Angegebener Geschäftszweig: Fabrikation von Schloßschlössern und Schlössern); 4. auf Blatt 13077, betr. die Firma Hugo Pause in Leipzig: Die Procura des Gustav Hermann Pöschke ist erloschen. Procura ist erteilt der Frida Klara unv. verheiratete Bernhardt in Leipzig; 5. auf Blatt 14730, betr. die Firma Gustav Hartwig Granitzwerke Verha Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig: Franz Friedrich Wilhelm Lange ist als Geschäftsführer ausgeschieden; 6. auf Blatt 20388, betr. die Firma Leipziger Heizereibetrieb, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig: Friedrich Stöcker ist als Geschäftsführer ausgeschieden; 7. auf Blatt 20531, betr. die Firma Möbelhaus Woll Raditz in Leipzig: In das Handelsregister ist der Kaufmann Max Raditz in Leipzig eingetragen. Die Gesellschaft ist am 1. Oktober 1922 errichtet worden. Die Firma lautet künftig: Möbelhaus Raditz Woll und Max Raditz. [7304] Amtsgericht Leipzig, 16. Nov. 1922.

Auf Blatt 21526 des Handelsregisters ist heute die Firma Gustav Reichmann, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig (Katharinenstr. 13) eingetragen und weiter folgendes bekannt gegeben worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 26. August 1922 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Fortführung des bisher von Alois veru Reichmann geb. Leitzner in Rechenau unter der eingetragenen Firma Gustav Reichmann in Leipzig, Katharinenstr. 13, betriebenen Handelsgeschäfts, insbesondere die Fabrikation und der Großhandel

mit Gütern aller Art und des Großhandels mit allen in die Branche einschlagenden Artikeln, sowie der Reparatur landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte, der Abfuhr anderer Güter, die hiermit unmittelbar oder mittelbar zusammenhängen. Zur Erreichung dieses Zweckes kann die Gesellschaft gleichartige oder ähnliche Unternehmungen erwerben, sich daran beteiligen, oder ihre Vertretung übernehmen. Das Stammkapital beträgt zweihunderttausend Mark. In Geschäftsführung sind bestellt: der Ingenieur Hermann Karl Wenzel und der Kaufmann Georg Gustav Eduard Lange, beide in Rechenau. Die Vertretung der Gesellschaft steht jedem der Geschäftsführer selbstständig zu. Aus dem Gesellschaftsvertrage wird weiter bekannt gegeben: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. 7302 Amtsgericht Rechenau, 16. Nov. 1922.

Weiter wird bekannt gegeben: Alois veru Reichmann geb. Leitzner bringt das von ihm unter der im Handelsregister eingetragenen Firma Gustav Reichmann in Leipzig, Katharinenstr. 13, betriebene Handelsgeschäft mit allen Aktiven und Passiven in Anrechnung auf ihre Stammeinlage in die Gesellschaft ein und zwar auf Grund der für den 30. Juni 1922 aufgestellten Bilanz, die von den Vertragschließenden als richtig anerkannt wird. Von den Passiven wird nur nicht mit übernommen die etwaige Mehrforderung des bisherigen Gesellschafters Dr. Walter Härtel über den Betrag von 19251 M 70 Pf hinaus, der sich aus der Bilanz per 30. 6. 22 ergibt, und weiterhin die Mehrforderung der Firma Marcel Piquoy, Paris 138 Rue d'Aboukir für Ende Januar 1921 geleistete Hilfe über den Betrag von ca. 10000 M hinaus. Die Gesellschaft übernimmt das Handelsregister hierauf zum Werte von 1305000 M mit Wirkung ab 1. Juli 1922. Hiervon wird ein Teilbetrag von 435000 M auf die Stammeinlage der Alois veru Reichmann geb. Leitzner angerechnet, jedoch diese demnach getilgt und getilgt ist. Der Betrag von 870000 M, um den der veru Reichmann geb. Leitzner den Betrag der Stammeinlage der Alois veru Reichmann geb. Leitzner übersteigt, fundiert und gewährt diese der Gesellschaft als Darlehen. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch Veröffentlichung im Deutschen Reichsanzeiger Amtsgericht Leipzig, 16. Nov. 1922.

Auf Blatt 21527 des Handelsregisters ist heute die Firma Roland Revisions- und Treuhand-Kontingentsgesellschaft in Leipzig (Georgiring 9) und weiter folgendes eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 21. September 1922 abgeschlossen und am 2. November 1922 abgeändert worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Ausübung von Treuhandgeschäften und kaufmännisch-juristischen Vertrauensgeschäften aller Art, insbesondere Revisions- und organisatorische Beratung kaufmännischer und industrieller Betriebe, Bilanzprüfungen und Bilanzprüfungen, Beratungen, Vertretungen und Begutachtungen in allen Steuerangelegenheiten, ferner Vermögensverwaltungen, Grundstücksverwaltungen, Testamentvollstreckungen, Nachlassregulierung, Interessensvertretung, Vorbereitung und Durchführung von Finanzierungen, Neu- und Umgründungen, Sanierungen und Liquidationen. Die Gesellschaft kann sich an gleichen oder ähnlichen, sowie an allen ihre Zwecke fördernden Unternehmungen beteiligen, sie kann solche Unternehmungen erwerben, auch Zweigniederlassungen errichten. Das Stammkapital beträgt zwei Millionen Mark, in zweitausend Aktien zu je einhundert Mark zerfallend. Die Gesellschaft wird vertreten a) wenn der Vorstand aus einer Person besteht, entweder von ihr allein oder von zwei Prokuristen, b) wenn der Vorstand aus mehreren Personen besteht, entweder von einem ordentlichen S-Rhatsmitglied oder von zwei stellvertretenden S-Rhatsmitgliedern oder von einem Prokuristen oder von zwei stellvertretenden Prokuristen. In ordentlichen Mitgliedern des Vorstandes sind bestellt Rechtsanwalt und Syndikus Dr. jur. Max Müller und Direktor Richard Schlicht, beide in Leipzig; zum stellvertretenden Vorstandsmittelglied ist bestellt Richter des 1. Handelsrichters in Leipzig.

Aus dem Gesellschaftsvertrage wird noch bekannt gegeben: Der Vorstand besteht aus einer Person oder aus mehreren Mitgliedern, neben a dem den S-Rhatsmitgliedern eben (Direktoren) können auch stellvertretende S-Rhatsmitglieder oder b bestellt werden (Stellv. Direktoren). Mittel der des Vorstandes (sofern die und stellvertretenden) werden durch den Vorsitzenden des Ausschusses des im Einverständnis mit dem stellvertretenden, Vorsitzenden bestellt. b dem liegt auch der Wille zur der Befehlsgewalt, die Anzahl der Mittel oder bestimmt um die Aufsicht rat. Die Berufung der Verwaltungsratsmitglieder erfolgt durch Veröffentlichung im Reichsanzeiger, sie trägt die Unterzeichnung des Vorsitzenden des Ausschusses oder der sonst berechtigten S-Rhatsmitglieder. Zwischen dem Tage der Veröffentlichung und dem der Generalversammlung muß mindestens ein Zeitraum von drei Wochen liegen. Alle Bekanntmachungen, Erklärungen und Urkunden, die vom Ausschussrat vollzogen werden, sollen die Unterzeichnung des Vorsitzenden oder seines Stellvertretenden unter den Worten: „Roland“ Revisions- und Treuhand-Kontingentsgesellschaft der Aufsichtsrat tragen. Alle von der Gesellschaft ausgehenden Bekanntmachungen erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger. Die Aktien lauten auf den Inhaber. Ihre Ausgabe erfolgt zum Nennwert. Die Gründer Rechtsanwalt und Syndikus Dr. Max Müller und Direktor Richard Schlicht, beide in Leipzig, bringen das unter der Firma „Roland“ Allgemeine Revisions- und Finanz-Treuhandgesellschaft mit beschränkter Haftung, Kommanditgesellschaft Leipzig, Georgiring 9 betriebene Unternehmen mit allen Aktiven und Passiven und mit dem Rechte zur Fortführung der Firma nach dem Stande vom 30. Juni 1922, so wie alles an diesem Tage steht und liegt, bergelt ein, daß der Betrieb des eingetragenen Unternehmens vom 1. Juli 1922 ab für Rechnung der Aktiengesellschaft geht. Der Wert dieser Einlage wird auf 400000 M festgesetzt. In Höhe des Gesamtbetrages erhalten Dr. Müller und R. Schlicht je 200 Aktien zu je 1000 M. Nennwert, zusammen also 400 Aktien zu je 1000 M. Gründer sind: Rechtsanwalt und Syndikus Dr. jur. Max Müller, Direktor Richard Schlicht, Dr. med. vet. Alfred Bed, Kaufmann Arthur Schumann, Firma „Roland“ Allgemeine Revisions- und Finanz-Treuhandgesellschaft mit beschränkter Haftung, Rechtsanwalt August Bracht, Hedwig vbl. Rahr geb. Krüger, Adele vbl. Haber geb. Biele, Richard und Regierungsbaumeister a. D. Dr. Fritz Köfer, Kaufmann Karl Bettelein, sämtlich in Leipzig, Bankier Eugen

Briefmann in Berlin und Böhmerwitzer Justus...
Handwerker in Leipzig. Sie haben sämtliche...

Von dem mit der Anmeldung eingereichten Schrift...
indem, insbesondere von dem Prüfungsberichte...

Auf Blatt 4 des hiesigen Genossenschaftsregisters...
den Gesamtverein für Oberhain und Umgebung...

Auf dem Blatte der „Vogelwäldchen Maschinen-...
fabrik“ (vorm. J. G. & S. Dietrich) Witten...

Im hiesigen Handelsregister ist heute auf...
Blatt 308, die Firma Oswald Köhler in Rade-...

Auf Blatt 161 des hiesigen Handelsregisters...
die Firma Weinhard Wagner & Co. in...

Bekanntmachung. Durch ein technisches Versehen...
ist die Bekanntmachung des Amtsgerichts...

In das Handelsregister ist heute eingetragen...
worden:

1. Blatt 450, die Firma Schloffer & Zuhme...
in Waldheim betr.: Das Handelsgeschäft...

2. Blatt 457 die Firma Joseph Schloffer in...
Waldheim und als Inhaber der Kaufmann...

3. Blatt 488 die Firma Wilhelm Zuhme in...
Waldheim und als Inhaber der Kaufmann...

Auf Blatt 217 des Handelsregisters, die Firma...
Hugo Kraiser & Co. in Thalheim betr., ist...

Der Einlagenantrag der hiesigen Sparkasse wird...
vom 1. Januar 1923 an von 3 1/2 auf 4 %...

Verkaufsmonat gerechnet werden darf. —...
Als Nachfolger des verstorbenen Stadtrats...

Zur Durchführung einer zweiten im Dezember...
und einer dritten im Februar vorzunehmenden...

Wegen der Arbeitszeit in den städtischen...
Kinderanstalten hatte das Kollegium einen...

Ferner werden u. a. zwei Anträge angenom-...
men, dahingehend, den Rat zu ersuchen, 1. ver-

Sobann wird die...
Lage der Straßenbahn...

Tageschronik.

Änderung eines Viehmarkts.
Hal t. 16. November.
In schweren Veränderungen ist es auf dem...

Das Erdbeben in Chile.
Nach und nach werden Einzelheiten...
über die schwere Katastrophe bekannt.

Für fünf Millionen Silbergeld erachtet.
Aus Stettin wird gemeldet: Einbrecher...

Wahlscheit. Die Provinz Hannover...
wird augenblicklich von einer gut organisierten...

Hohe Strafe wegen Wildverfälschung.
Das Landgericht in Jena hat den frühere...

Explosion in den sächsischen Pulverfabriken.
Eine schwerer Explosion hat sich in den...

Hochwasser des Rheins.
Aus Duisburg wird gemeldet: Der Rhein fließt seit...

Schießerei zwischen Landjägern und Jägern.
In Dainbach bei Fulda hatten zwei...

Dresden.

Stadtverordneten-Sitzung.

Der Sitzung der Stadtverordneten geht eine...
gemeinschaftliche Sitzung beider städtischer...

Reinrentenerförsorge.

Dem teilt Stadtrat Dr. Richter mit, daß der...
Gesamtantrag für diesen Zweck einschließlich...

Die Sparkassenverwaltung.

Der Einlagenantrag der hiesigen Sparkasse wird...

Volkswirtschaft und Handel.

Der Stand der Volkswirtschaft in Sowjet-Rußland.

Am 1. Oktober hat in Sowjet-Rußland das...
neue Wirtschaftsjahr begonnen. In den...

Wohl auf einen rückläufigen Verbrauch der...
vorhandenen Vorräte zurückzuführen. Aberall zeigt...

Die allgemeine Wirtschaftsbetrachtung zeigt...
daß auch das neue Wirtschaftsjahr...

Die schwindende Kaufkraft des Inlandes.
In dem Monatsbericht des Reichsarbeits-

39 v. H. jedoch als gut und von 37 v. H. als...

Kalibrierung auf Reparationskonto?
In der Meldung, daß die französische Regierung...

Die schwindende Schuld des Deutschen Reiches
betrug an diskontierten Schapanweisungen...

Reparationsleistungen.

Der Verband deutscher Maschinenwerke erhöhte...
die Preise um ca. 30 Proz. mit Wirkung vom...

Sächsische Gashalt-Werke erhöhen die Preise...
in Dresden. Das Unternehmen bringt eine...

Bereinigter Jäger, Nolte & Siemens-Werke
in Leipzig. Die außerordentliche General-



Wir führen Wissen.